XV. Jahrgang. Nr. 48

Hamburg, 27. November 1909

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Verbandes der Bäcker und Konditoren, Lebküchler, Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kakes-, Zuckerwaren- und Schokoladen-Industrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Dresden), Lilliengasse Nr. 12

Insertionspreis pro dreigespaltene Petitzeile 30 Pfg., für Mitgliedschaften 20 Pfg.

Der kommende Reichstag.

Was wird der am 30. November wieder zusammentretende Reichstag dem Volke, insbesondere der deutschen Arbeiterschaft, bescheren? Hunderttausende, ja Millionen sind es, die heutigen Tages die politischen Vorgänge und vor allem die gesamte Gesetzesmacherei mit vollem Verständnis verfolgen — dank ihrer Erziehung durch die Arbeiterpartei und die Gewerkschaften — und sie alle stellen gegenwärtig diese Frage an die Zukunft in der begründeten Furcht, daß auch die neue Tagung ihnen wohl neue Lasten und Knebelungsparagraphen, aber nicht die Erfüllung berechtigter Forderungen bringen wird. Man begreift es auch nur zu gut, wenn viele nach den Früchten der letzten Session die Volksvertretung jetzt in ihrer Gesamtheit dorthin wünschen, wo der Pfeffer wächst. Wir wollen diese Körperschaft aber trotz allem lieber hier behalten; denn unsre Regierung würde sonst, jeder Kontrolle ledig, den Junkern und Großindustriellen zuliebe nur noch ungenierter Riemen aus der Haut des Volkes schneiden, als es ohnedies geschieht.

Daß der Reichstag nach vollbrachtem Steuerraubzug nicht vertagt, sondern geschlossen wurde, bringt ihm leider nunmehr eine große Häufung der Arbeiten; denn die bereits eingebracht gewesenen Anträge — es waren weit über 100 — und die Gesetzesvorlagen müssen jetzt aufs neue eingebracht und von vorn an wieder durchberaten werden. Daß sie alle wieder auf der Tagesordnung erscheinen, ist ja natürlich durchaus nicht erwünscht, aber es ist auch verschiedentlich gute Arbeit in den Kommissionen gewissermaßen „für die Katz" gewesen. Welche Materien dem Parlament seitens der Regierung wieder präsentiert werden sollen, hängt also zunächst von Bülows Nachfolger, dem Herrn v. Bethmann-Hollweg, resp. seiner Korona ab; wurde doch seinerzeit die Schließung des „Hohen Hauses" damit motiviert, daß man der veränderten Situation in den Reichsämtern Rechnung tragen müsse, d. h. den neuen Herren freie Hand lassen wolle, was sie auf ihren jetzigen Posten zu vertreten gedenken.

Soweit Meldungen vorliegen, sollen gleich beim Zusammentritt des Reichstags ihm außer einem deutsch-portugiesischen Handelsvertrage bestimmt zugehen: Die Novelle zum Strafgesetzbuch und die neue Strafprozeßordnung sowie das Reichsbeamtenhaftpflichtgesetz. Auf die einzelnen Entwürfe an dieser Stelle näher einzugehen, soweit darüber überhaupt schon etwas verlautete, müssen wir uns natürlich versagen, weil wir bei ihrer späteren Beratung eingehend zu berichten gedenken. Aber einige Vorlagen wollen wir heute schon etwas würdigen. So wird z. B. der Novelle zum Strafgesetzbuch die Arbeiterschaft von vornherein ein großes Interesse entgegenbringen müssen! Seit zum Leidwesen aller Reaktionäre unter dem Drucke der machtvollen Arbeiterbewegung das Sozialistengesetz fallen gelassen und später die Zuchthausvorlage elend verscharrt wurde, ist man bekanntlich krampfhaft bemüht, durch die allgemeine Gesetzgebung zu erreichen, was durch das konzentrierte Scheidewasser von Ausnahmegesetzen nicht zu erreichen war. Und so bringt auch der Entwurf der Novelle zum Strafgesetzbuch, ganz abgesehen von einigen sonstigen Rückständigkeiten und Härten in kultureller Hinsicht, charakteristische Vorschläge. Z. B. soll in Zukunft schon derjenige, welcher durch „gemeingefährliche Drohungen" den öffentlichen Frieden stört, mit Gefängnis oder Haft bis zu einem Jahre oder mit M 1000 Strafe belegt werden können. Bisher hieß es: Wer durch Androhung eines gemeingefährlichen Verbrechens usw. Und dieser Begriff „gemeingefährliche Drohung" soll sich nicht nur auf die Person selbst, sondern auch auf Rechtsgüter, das Eigentum usw. beziehen können, woraus dann die bekannte Geschicklichkeit unsrer Staatsanwälte gar leicht jede politische oder gewerkschaftliche Tätigkeit der Arbeiterschaft zu einem großen Verbrechen stempeln kann. Aber gewissen Kreisen genügen solche Kautschukbestimmungen noch nicht einmal. Und deshalb sind unsre Scharfmacher in der „Post" und in der „Deutschen Tageszeitung" schon wieder eifrig tätig, machen mobil und verlangen, daß das neue Strafgesetz auch in bezug auf die Arbeiterbewegung etwas deutlicher werde! Man schlägt Bestimmungen vor, daß die Arbeitswilligen besser geschützt werden als heute schon allerorten geschieht. Und zwar verlangt das Agrarierblatt nicht nur eine Beschneidung der „Auswüchse", sondern das Streikpostenstehen soll überhaupt unter Strafe gestellt werden. An Bescheidenheit haben ja diese Politiker noch nie gekrankt, und ihre Frechheit ist um so größer geworden, als die Regierung ihren Intentionen immer folgsam nachgegeben hat. Das Agrarierblatt schreibt:

„Das Streikpostenstehen namentlich ist für die Ausübung des Koalitionsrechtes gar nicht notwendig und als Mittel- und Kernpunkt für die Vergewaltigung der Arbeitswilligen aufs nachdrücklichste zu bekämpfen. Nach der heutigen Rechtsprechung ist dies leider erlaubt, und es bleibt daher die Urquelle aller der beklagenswerten Uebelstände und Ausschreitungen gegen friedliche Arbeiter unangetastet. Es ist die höchste Zeit, daß mit ihm aufgeräumt wird und die Werbetätigkeit der Ausständigen auf die Gebiete und Mittel verwiesen werde, die zur Gewinnung von Anhängern oder Gesinnungsgenossen im öffentlichen Leben sonst üblich sind."

Aber damit nicht genug. Knuten-Oertel und Genossen wollen stets gründliche Arbeit machen, und sie sind deshalb auch bestrebt, der Freiheit der sozialdemokratischen Presse (deren Redakteuren diese Art Freiheit so oft hinter schwedischen Gardinen plausibel gemacht wird) weitere Fesseln anzulegen. Man fordert nämlich schlankweg noch einen stärkeren Schutz der Arbeitswilligen gegen die Beschimpfungen der Presse.

„Hier sollten und müßten", so meint die „Deutsche Tageszeitung", „bestimmte und ausreichende gesetzliche Vorschriften bestehen, sowohl hinsichtlich der Erregung von Haß und Verachtung gegen bestimmte Personen oder gegen Gruppen von Staatsbürgern, als auch für die Staatsanwälte zur Verfolgung solcher Ausschreitung."

So sucht man von dieser Seite, noch offener als die Regierung es tut, ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterorganisationen in das neue Strafgesetzbuch hinein zu reformieren, und für die Arbeiterschaft heißt es: Aufgepaßt!

Im Laufe des Dezember sollen dem Reichstage weiter zugehen: Der Etat, der Entwurf über das deutsch-englische Handelsprovisorium, ein Nachtragsetat zum Militäretat, ein Notgesetz, betreffend die Hinausschiebung des Termins für das Inkrafttreten der Witwen- und Waisenversicherung, eine Novelle zum Talongesetz.

Das Notgesetz bezüglich des Inkrafttretens der Witwen- und Waisenversicherung ist ein recht drastischer Beweis für die Tatsache, daß die Sozialgesetzgebung bei uns immer erst an letzter Stelle und unter schweren Geburtswehen zur Welt kommt. Die so notwendige Versicherung der Hinterbliebenen wurde bekanntlich 1902 mit der wucherischen Zolltarifgesetzgebung verkuppelt. Das Zentrum wollte seine Zustimmung zur damaligen Schröpfung der Volksmassen seinen Arbeiterwählern damit schmackhaft machen, daß es die Ueberschüsse der Zollerträge für diese Versicherung zurückgelegt wissen wollte; das Gesetz sollte am 1. Januar 1910 in Kraft treten. Aber der Teufel soll zurücklegen, wenn nichts übrig bleibt, und mit Ausnahme eines Jahres blieb eben nichts übrig. So soll nun jetzt ein Notgesetz über die Hinausschiebung des damals festgelegten Termins aus der Verlegenheit helfen.

Der Etat dürfte besondere Ueberraschungen wohl kaum bringen; wenigstens wird es niemand überraschen, wenn es sich zeigt, daß die vorhandenen Mittel weder vorn noch hinten zugelangt haben, und wenn unsre Regierung trotz ihrer Sparphrasen, mit denen sie im vorigen Jahre herumschleuderte, und trotz ihrer allgemeinen Finanznot wiederum mit Forderungen für alle möglichen unproduktiven Zwecke kommt. Dabei erweist sich die Finanzreform, wie von der Linken sofort vorausgesagt, noch lange nicht genügend ausreichend, um in der bisherigen Weise im Gelde weiter herumwühlen zu können; da man davon nicht lassen will, ergibt sich nun schon wieder der Zwang, auf neue Steuern zu sinnen; zumal ja die veranschlagten Summen schwerlich einkommen, da das Volk eben nicht so dumm ist, mit Vorliebe diejenigen Artikel zu konsumieren, die durch unverschämte Besteuerung den Staatssäckel prall erhalten sollen. Und bereits werden die Fühler ausgestreckt, wo noch neue Steuerobjekte aufzustöbern sind. Das Reichsschatzamt hat schon vor Wochen Aufforderungen an die Bundesstaaten gerichtet, schleunigst Erhebungen darüber anstellen zu lassen, in welcher Weise eine Reichswertzuwachssteuer geschaffen werden könne; der Reigen ist somit eigentlich schon wieder eröffnet.

Wenn die Etatsberatungen erledigt sind, jedenfalls wird es mindestens Februar werden, sollen dann die Entwürfe der Reichsversicherungsordnung und vielleicht auch das Arbeitskammergesetz zur Vorlage gebracht werden. Da jedoch nächstes Jahr das Osterfest sehr früh fällt, Mitte März, so ist wahrscheinlich nicht damit zu rechnen, daß einer dieser Entwürfe zur Durchberatung kommt. Die Reichsversicherungsordnung allein enthält ja in sechs Büchern für die einzelnen Zweige über 1700 Paragraphen, und ehe die Kommission diese verdaut hat, wird der Hochsommer wohl wieder im Lande sein. Die Vertreter der Arbeiterschaft werden überdies das möglichste tun, die Vorlage in dieser Gestalt überhaupt nicht Gesetz werden zu lassen.

Auch die Novelle zur Gewerbeordnung, die am nächsten 1. Januar in Kraft tritt und unsern Arbeiterinnen, wenn auch nur geringe, so doch wenigstens einige Besserungen ihrer Arbeitsverhältnisse brachte, war nur ein Teil einer größeren Vorlage, und jedenfalls werden die zurückgebliebenen Abschnitte bald wieder zur Beratung kommen. Allerdings steht zu befürchten, daß gerade einige wertvolle Bestimmungen, welche die Kommission bereits beschlossen hatte, von der Regierung nicht wieder gebracht werden, da letztere sie schon damals unter dem Drucke der Unternehmer als unannehmbar bezeichnete. Unter anderm soll, wie wir noch erwähnen wollen, die Zulassung weiblicher Personen zur Bedienung in den Schankstätten geregelt werden.

Auch für die Angehörigen unsrer Organisation wird die neue Beratung der Gewerbeordnungsnovelle wiederum großes Interesse bieten. Unsre auf einen Ersatzruhetag gerichteten Wünsche waren bekanntlich gleichfalls den Volksvertretern in Gestalt von Petitionen unterbreitet worden, aber eine Erledigung dieser Eingaben wurde durch den Schluß des Reichstages auch vereitelt. Es wird sich ja nun zeigen, ob und inwieweit die zu erwartenden neuen Vorlagen der Regierung auf die Materie überhaupt eingehen, ehe wir uns über die Art und Weise unsres weiteren Vorgehens entschließen. Jedenfalls hat uns die Behandlung, welche unsre Forderung in der früheren Kommission gefunden hat, gezeigt, daß wir auf ein nennenswertes Entgegenkommen der Mehrheit nicht zu rechnen haben; man hatte nur beschlossen, beim Plenum zu beantragen, daß sowohl unsre Eingabe als die Gegenpetitionen dem Reichskanzler als Material überwiesen werden sollten.

Mit den neuen Fußangeln in dem Entwurf der Strafprozeßordnung, der Entrechtung der Arbeiterschaft in dem ganzen Aufbau der Reichsversicherungsordnung sowie des Arbeitskammergesetzes scheinen die sozialpolitischen Pläne der Regierung jedoch noch nicht erschöpft zu sein. Die Presse meldete in den letzten Wochen, daß auch die Stellenvermittlung reichsgesetzlich geregelt werden solle. Wenn damit eine gründliche Lahmlegung des Stellenwuchers, der auch unsre Kollegen so hart trifft, beabsichtigt wäre, so würde dies seitens der Arbeiter aufs lebhafteste begrüßt werden. Diejenigen Arbeitergruppen, die heute noch am meisten auf die Stellenvermittler angewiesen sind, haben auch sofort, als die Absicht der Regierung bekannt wurde, nochmals Material über die Praktiken der Seelenverkäufer zusammengetragen, um die Notwendigkeit der Beseitigung derselben aufs neue zu bekräftigen. Aber wenn man sieht, wie allerorten die Unternehmerorganisationen gegenwärtig drauf und dran sind, mit Hochdruck die Arbeitsnachweise völlig in ihre Hände zu bekommen, jeden Einfluß der Arbeiter auszuschalten, wird man sich des Gedankens nicht erwehren können, daß die jetzt plötzlich auftretende Absicht der Regierung mit den Aktionen der Unternehmer vielleicht in einem gewissen Zusammenhang steht. Will man neben einer vielleicht obendrein belanglosen Einschränkung der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung den Unternehmerinstitutionen Privilegien schaffen??? Die Arbeiter gesetzlich an diese fesseln??? Auch hier heißt es, beizeiten aufgepaßt!

Das „Volk" hat also alle Ursache, auch in der nächsten Session die Arbeiten unsres Parlaments genau zu verfolgen, und derjenige, der sich nicht um die politischen Vorgänge kümmert, verletzt die Pflichten gegen sich selbst aufs gröblichste. Nur wer sich eingehend damit vertraut macht, in welcher Weise der Vater Staat für ihn, und wie derselbe Vater für andre sorgt, wie er die Lasten auf die Schultern der einzelnen Klassen verteilt, nur derjenige wird das wahre Wesen dieses Staates erkennen und wird klar und zielbewußt seine eigene politische Betätigung regeln!

Arbeitslohn und Arbeiterorganisation.

III.

Außer der volksfeindlichen Zoll- und Steuerpolitik beobachten wir seit einigen Jahrzehnten noch eine andre auf Verteurung der Lebensmittelpreise gerichtete Strömung, die in den Unternehmerkartellen, den sogenannten Trusts, Syndikaten oder Ringen zu Tage tritt. Nehmen wir als Beispiel den Petroleumtrust der Rockefeller und Konsorten. Diese Räuber haben sich vereinigt zu dem Zweck, den Preis des Petroleums in die Höhe zu treiben, wodurch ihnen ungeheure Gewinne in den Schoß fallen. Diejenigen ihrer Kollegen, die sich ihnen trotz alles Zuredens nicht anschließen wollen, suchen sie durch einen rücksichtslos durchgeführten Boykott aufs trockene zu setzen und dadurch zur Uebergabe zu zwingen; sie sperren ihnen die Zufuhr von Rohmaterialien und Arbeitsmitteln, sie nehmen ihnen durch absichtliche Preisunterbietung die Kundschaft weg, sie drohen mit Verrufserklärung, kurz, sie üben gegen die Widerspenstigen einen Terrorismus, der, von Arbeitern gegen Kollegen geübt, Polizei, Staatsanwalt, Gerichte, Behörden und Parlamente in Bewegung setzen würde. In den allermeisten Fällen erreichen die „organisierten Räuberbanden" ihren Zweck, das konsumierende Publikum gründlich und nach allen Regeln der Kunst zu brandschatzen.

Je weiter die Ringbildung fortschreitet und je mehr Produktionsgruppen sie ergreift, desto schlimmer wird diese Brandschatzung der Arbeiterklasse. Schon heute spürt die Hausfrau die unheilvolle Wirkung derselben an den erhöhten Preisen für Seife, Petroleum, Steinkohlen, Zucker usw., wenn aber erst sämtliche Produktionszweige, durch das Beispiel und die Erfolge der andern gereizt, zur Kartellierung übergegangen sein werden, wird sie es noch viel stärker spüren. Sie muß dann eben für dasselbe Quantum Ware mehr ausgeben als früher, oder vielmehr, sie kann, da das ihr zur Verfügung stehende Hausstandsgeld nach oben begrenzt ist, weniger einkaufen als früher; sie muß sich einschränken, und die Familie muß den Hungerriemen fester um den Leib schnallen. Eine durch die Unternehmerkartelle herbeigeführte Verteurung der Lebensmittel bedeutet also eine indirekte Verminderung des Arbeitslohnes und damit eine ganz ungeheure Schädigung des Arbeiters und seiner Familie.

Da die Gewerkschaften eine Erhöhung des Arbeitslohnes und damit der Lebenshaltung ihrer Mitglieder bezwecken, so müssen sie selbstverständlich den niederdrückenden Tendenzen des Unternehmertums auch nach dieser Richtung hin entgegentreten. Auf rein gewerkschaftlichem Wege wird ihnen dies unmöglich sein, sie müssen also auch hier wieder Arbeiterpolitik treiben, indem sie den Staat zwingen, den modernen Raubrittern den Handwerk zu legen. Daß der Staat hierzu nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, kann kein denkender Sozialpolitiker mehr bestreiten, und erfreulicherweise findet die Forderung, die Raubgier der Unternehmerkartelle zu zügeln, auch in der Bourgeoispresse immer mehr Vertreter. Die auf dem Recht des Stärkeren beruhende freie Konkurrenz enthüllt ihre innere Unwahrheit und Schädlichkeit immer deutlicher. Die Gewerkschaften müssen also diejenigen Maßregeln unterstützen, die geeignet sind, den Staat gegen das kartellierte Unternehmertum zu stärken.

Ob der moderne Staat diesen Kampf energisch aufnehmen und siegreich durchführen wird, erscheint äußerst zweifelhaft, da alle Anzeichen dagegen sprechen. Deshalb ist es notwendig, daß sich das Proletariat nach neuen Methoden des Kampfes umschaut. Und hier bietet sich das Genossenschaftswesen als ein Mittel dar, um der Kartellwirtschaft einen Dämpfer aufzusetzen; denn nur eine straffe, einheitliche Organisation der Konsumenten wird in der Lage sein, das konsumierende resp. kaufende Publikum gegen die organisierten Raubzüge der Unternehmerkartelle zu schützen. Einen Einfluß auf die Preispolitik der Unternehmerkartelle vermögen die Abnehmer offenbar nur da auszuüben, wo sie dem Kartell organisiert als fest geschlossene Masse gegenübertreten. Wie da, wo die Produzenten den Konsumenten als kompakte Masse gegenüberstehen, die ersteren den letzteren mühelos ihren Willen hinsichtlich der Preise aufzuzwingen vermögen, so können dort, wo die Käufer konzentriert und einheitlich organisiert auftreten, diese den Produzenten die Preise diktieren. Den Zwischenhändlern gegenüber sind die Kartelle augenscheinlich die Stärkeren, weil sie den Zwischenhandel unter Umständen durch Einrichtung eigener Verkaufsstellen ganz ausschalten können. Starken Konsumentenvereinigungen gegenüber aber müssen sie naturgemäß Rücksicht walten lassen und ihre Raubtierkrallen einziehen.

Zur Bekämpfung aller wirtschaftlichen Schäden wird bekanntlich stets die Organisation als wichtigstes Heilmittel empfohlen, und wo in aller Welt könnte es eine stärkere Macht geben, als die Organisation der Konsumenten, die organisierte Kundschaft? Den Monopolgelüsten des Unternehmertums kann kein andrer wirtschaftlicher Faktor so erfolgreich gegenübertreten wie das Kartell der Abnehmer, d. h. der Zusammenschluß der Konsumenten in Konsumgenossenschaften resp. Konsumvereinen und die Zusammenfassung dieser kleineren Glieder zu einem großen allumfassenden Verbande. Es kann niemals einen stärkeren Damm geben gegen die Herrschaftsgelüste des Kapitals als ein gleich starkes Kartell der Konsumvereine. Wo die letzteren, wie in England, bereits einen großen Teil des ganzen Inlandskonsums beherrschen, wo sie eigene Betriebswerkstätten besitzen und zur Herbeischaffung der überseeischen Bedarfsartikel eigene Schiffe auf dem Meere haben, da bilden sie eine Macht, mit der auch das selbstherrlichste Unternehmerkartell rechnen muß. Wie sich an derartigen Rieseninstituten der Uebermut der Kartelle bricht, das zeigt eine Aeußerung des Vorsitzenden der englischen Großhandelsgenossenschaft, der auf eine Frage, wie sich das von ihm vertretene Institut zur Frage der Kartelle stelle, stolz antwortete: „Für unsre Großhandelsgenossenschaft gibt es keine Kartelle!"

Durch mächtige Konsumentenverbände tritt das große Publikum zu den Unternehmerkartellen in dasselbe Verhältnis einer gleichberechtigten Großmacht, wie die Arbeiter, die in mächtigen Gewerkschaften dem Unternehmertum geenüberstehen. Aus diesem Grunde schon ist es die Pflicht eines denkenden Arbeiters, sich mit dem Genossenschaftswesen zu beschäftigen und sich der Konsumentenvereinigung anzuschließen. Nur dadurch, daß die Kaufkraft der einzelnen Arbeiterfamilie zu einer Massenkaufkraft zusammengeschlossen wird, ist es möglich, dem kartellierten Unternehmertum die Spitze zu bieten. Konsumentenkartell gegen Produzentenkartell — das muß die Parole sein!

Endlich, und nicht am wenigsten, spielt auch der Zwischenhandel eine unheilvolle Rolle bei der Verteurung der Lebensmittel. Die Sache verläuft ja regelmäßig nach einem bestimmten Programm: Durch die volksfeindliche Zoll- und Steuerpolitik werden dem arbeitenden Volke neue Lasten aufgelegt, die Unternehmerkartelle treiben durch ihr festes Zusammenhalten die Lebensmittelpreise in die Höhe, und dann kommen die Zwischenhändler her und rupfen durch einen Extra-Aufschlag die Konsumenten erst recht. Und sich gegen eine derartige Ausraubung zu wahren, ist nicht nur das gute Recht, sondern auch die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Konsumenten.

Aber auch ganz hiervon abgesehen, wird eine Regelung der Güterverteilung immer notwendiger. Der heute übliche Zwischenhandel bedeutet eine ungeheure Kräftezersplitterung und Kräftevergeudung, wodurch die Waren naturgemäß ungebührlich verteuert werden müssen. Die zahllosen überflüssigen Arbeitskräfte, die darin brach liegen, die Ladenmieten, die Reklamen und die verschiedenen andern Spesen werden selbstverständlich auf die Preise der Waren aufgeschlagen und müssen von den Käufern bezahlt werden. Gerade im Gebiet der Güterverteilung wird der Arbeiter arg gerupft; er wird von allen Geschäftsleuten ohne Ausnahme übers Ohr gehauen, vom Hausierer nicht minder wie vom Kleinhändler, Krämer, Agenten, Makler, Großhändler usw. Allen diesen Leuten muß er fortwährend seinen Tribut zahlen, weil sie alle einen möglichst hohen Aufschlag nehmen auf die Waren, an deren Verteilung sie mitwirken; sie alle wollen leben, und zwar gut leben, und nicht nur gut leben wollen sie, sondern auch noch Geld auf die Seite legen. Daß sie dies auch fertig bringen, geht daraus hervor, daß es heutzutage viel vorteilhafter und einträglicher ist, den Vermittler zu spielen im Gebiet der Güterverteilung, als durch produktive Arbeit Gebrauchsgegenstände herzustellen. Dies ergibt sich auch ganz deutlich aus der bekannten Tatsache, daß alljährlich Tausende und Abertausende von Menschen in die Sphäre des Handels strömen, wo sie eine bequemere Arbeit, eine größere Unabhängigkeit und ein höheres Einkommen zu finden glauben, als wenn sie Arbeiter blieben. Und weil dies Hineinströmen so rapide zunimmt, entspinnt sich dort ein so heftiger, erbitterter Konkurrenzkampf, daß der Profit selbst in Gefahr gerät. Diese parasitischen (schmarotzerhaften) Zwischengewächse, diese Mittelstandsleute des Handels verlangen nun, daß ihr Profit und damit ihre Existenz vom Staate gewährleistet werde. Damit sie, die „staatserhaltenden Elemente", eine gute, auskömmliche und gesicherte Existenz haben, sollen die Arbeiter von ihrem sauer verdienten Lohn einen gewissen Teil abgeben. Nach der Meinung dieser Leute muß der Arbeiter, ohne eine Miene zu verziehen, seine Lebensmittel und seinen sonstigen Bedarf teurer bezahlen, lediglich zu dem Zwecke, damit der sinnlos betriebene, Kräfte zersplitternde und Kräfte vergeudende Zwischenhandel verewigt wird. Demgegenüber ist aber eine vernünftige Regelung der Güterverteilung zu einer unbedingten Notwendigkeit geworden. Die Arbeiter müssen endlich die Ueberzeugung gewinnen, daß es töricht ist, ihre Kundschaft an jeden beliebigen Krämer und Händler zu verschleudern, anstatt zu einer Genossenschaft zusammenzutreten und die Vorteile des gemeinsamen Einkaufs und der planmäßigen Verteilung der Waren selbst für sich in Anspruch zu nehmen. Glücklicherweise findet die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der genossenschaftlichen Betätigung immer mehr Boden in der deutschen Arbeiterschaft, wovon die praktischen Erfolge der Genossenschaftsbewegung deutlich Zeugnis ablegen.

Wir kommen zum Schluß unsrer Ausführungen und fassen sie dahin zusammen: Weil der Arbeitslohn eine relative Größe und von verschiedenen Umständen abhängig ist, so ergibt sich daraus die Notwendigkeit, daß der Arbeiter diese Umstände in einem für ihn günstigen Sinne zu beeinflussen sucht. Diese Beeinflussung ist nur auf dem Wege der Organisation möglich, und deshalb muß ein klassenbewußter Arbeiter in seinem ureigensten Interesse sich der gewerkschaftlichen, der politischen und der genossenschaftlichen Organisation anschließen.

Eine arbeiterfreundliche Lohnpolitik treiben, heißt also nichts andres, als durch starke gewerkschaftliche, politische und genossenschaftliche Arbeiterverbände den Arbeitslohn, diese Grundlage der wirtschaftlichen Existenz des Arbeiters, absolut und relativ in die Höhe zu bringen. Daß dieser Weg der richtige ist, hat die Praxis tausendfach bewiesen.

Brutus.

Internationales.

Schweiz. Den Verbandsmitgliedern (Bäckern, Konditoren, Schokoladenarbeitern usw.), welche in die Schweiz reisen, diene zur Nachricht, dass unser Verband mit den Bruderverbänden, also auch mit dem Verbande der Bäcker, Konditoren, Schokoladenarbeiter usw. Deutschlands im Verhältnis der Gegenseitigkeit steht. Wir bitten dieselben somit, sich bei Annahme von Arbeit zum Uebertritt an die am Orte bestehende Sektion zu wenden. Sollte dort keine Sektion bestehen, so bitten wir sie, sich direkt an unsre Adresse, Kapellenstrasse 6, Bern, zu wenden, sie könnten dann dem Verbande als Einzelmitglieder angehören.

Mit Genossengruss

Zentralkomitee des Verbandes
der Lebens- und Genussmittelarbeiter der Schweiz.
Der Sekretär: F. Thies.

Streiks französischer Bäcker. Paris, 14. November. Die Bäckerarbeiter von Vallauris, einem Städtchen bei Nizza (Departement Alpes-Maritimes), traten vor fast zwei Wochen in den Streik. Es lohnte sich wirklich nicht, von diesem Streik zu reden, zumal nur 20 Arbeiter (allerdings die Gesamtheit der Bäcker dieses Städtchens) daran beteiligt sind, wenn es nicht der erste Streik um die Erringung der Abschaffung der Nachtarbeit wäre.

Schon seit dem 1. September lag der Konflikt sozusagen in der Luft, wurde aber von Woche zu Woche aufgeschoben. Endlich überdrüssig, setzten die Arbeiter als letzten Termin den 4. November fest. Da die Unternehmer verweigerten, traten die Arbeiter in den Streik.

Drei Unternehmer rekrutierten aus Nizza im ganzen vier Streikbrecher. Als die Streikenden davon erfuhren, versuchten sie die Streikbrecher zu bestimmen, ihre unwürdige Handlungsweise aufzugeben. Da die sanften Mittel nicht zum Ziele führten, wandten die Streikenden die sogenannte Aktion directe, d. h. brutale Mittel an. Heute gibt es in Vallauris keinen Streikbrecher mehr. Bei dieser Gelegenheit wurden einige Reisbündel verbrannt, die zur Heizung der Oefen dienen. Eine grosse Menge sah diesem Treiben sympathisch und die Streikenden ermunternd zu. Das erst kürzlich geschaffene Kartell der Syndikate des Ortes unterstützt wirkungsvoll die Forderung der Bäcker, und da dort alle Arbeitergruppen, alle Berufe gut organisiert sind, ist eine gute Unterstützung durch die ganze Bevölkerung gesichert.

Versöhnungsversuche, vom Bürgermeister und vom Unterpräfekten eingeleitet, scheiterten an der Unversöhnlichkeit der Unternehmer. Die letzten Meldungen bringen dagegen die Mitteilung, dass die Arbeiter von Vallauris beschlossen haben, eine Produktivgenossenschaft der Bäcker als Antwort auf die Unversöhnlichkeit der Unternehmer zu gründen. Letzten Montag soll schon die Arbeiter-Assoziation ihre Tätigkeit beginnen. Wir wünschen, dass das Unternehmen gelänge und gedeihe.

Ein andrer Konflikt. Seit dem 6. November stehen 200 Biskuit- und Lebkuchenarbeiter und -arbeiterinnen des Hauses Hanin von Paris im Streik. Die Delegation, die die Forderungen vorlegen sollte, wurde vom Unternehmer gar nicht vorgelassen. Er glaubte nicht, dass seine Arbeiter zum Mittel des Streiks greifen würden. Die rauhe Wirklichkeit hat ihn eines andern belehrt. Trotz polizeilicher Provokationen wurde bisher die Ruhe nicht gestört. Sammlungen sind zur Unterstützung der Streikenden eingeleitet. Eine obligatorische Streikunterstützung existiert in Frankreich bekanntlich nur bei einigen sogenannten reformistischen Syndikaten (Buchdruckern, Textilarbeitern u. a.), zu denen aber das Syndikat der Bäckerarbeiter nicht zählt. Wir werden über den Verlauf der Kämpfe berichten. J. Babion.

Fachtechnische Rundschau.

Eine Anfrage über die Erfahrung mit Ausziehöfen richten die Kollegen einer kleineren Zahlstelle mit der Bitte um Veröffentlichung an uns, und wir kommen dem Wunsche gern nach, da vielleicht auch von andrer Seite ein Meinungsaustausch über diese Frage in der Fachtechnischen Rubrik des Organs als zweckmäßig anerkannt wird. Die Anfrage lautet:

Bei unserm seit 1900 im Betrieb befindlichen doppelten Ausziehofen, System Werner & Pfleiderer, hat sich in den ganzen Jahren das Uebel gezeigt, daß unser Brot, trotzdem alles versucht wurde, nicht so eine hellgelbe Farbe von oben bekommt, wie in den noch im Orte befindlichen altdeutschen Steinöfen. Da unsre Konsumenten sehr auf ein hellgelbgebackenes Brot sehen, so wäre es uns sehr erwünscht, wenn sich Kollegen finden würden, die uns in der Sache einen guten Rat erteilen. Die Herde werden alle 1¾ Stunden frisch belegt; Größe des Brotes 4½ Pfund, ausgebacken 3 Pfund 350 Gramm. Weißgebäck wird in unserm Ofen ausgezeichnet. Mehrere Verbandskollegen.

Bäckerei-Mißstände.

Die Brotfabrik Henning in Bant-Wilhelmshaven und der Arbeiterschutz. Ein Betrieb, in welchem die Arbeiterschutzbestimmungen in keiner Weise befolgt werden, ist die Brotfabrik von Henning hierselbst. Während diese Bäckerei technisch auf der Höhe der Zeit steht, ist sie sozialpolitisch mit am rückständigsten. Trotz Bundesratsverordnung für Bäckereien, nach der es bei einer Polizeistrafe bis zu *M* 300 verboten ist, den Bäckergesellen länger als zwölf Stunden täglich ununterbrochen arbeiten zu lassen, wird hier 13 bis 14 Stunden und noch länger gearbeitet. Die Bundesratsverordnung besagt ferner, daß jeder Bäckergeselle mindestens ununterbrochen täglich acht Stunden Ruhe haben muß. Auch diese Bestimmung wird hier fortwährend außer Kurs gesetzt. Auch die Kalendertafel fehlt im Betriebe des Herrn Henning. Er versteht es, seinen Betrieb Tag und Nacht ohne Wechselschicht in Gang zu halten; er pfeift aber, wie man sieht, auf den noch so minimalen Arbeiterschutz. Wenn so ein Bäckergeselle auch nicht mehr kann, so laufen ja genug andre umher, die ihm ihre Gesundheit opfern und dafür die Organisation meiden, welche stets bestrebt war, derartige Mißstände aus der Welt zu schaffen. O, Herr Henning interessiert sich auch für die Organisation. Seine Frage an die, die bei ihm um Arbeit anfragen, lautet: Sind Sie im Verband? Mit dem Verband hat der Herr aber nichts im Sinn, das hat er schon öfter erklärt; er hat sogar schon einmal einem Gesellen den guten Rat erteilt, er solle doch lieber die 50 ₰ sparen, die er für den Verband ausgibt.

Der Inhaber wendet sich in seinen Inseraten auch an die Arbeiterschaft. Also wünscht er selbstverständlich, daß diese seine Waren kaufen soll. Wenn er aber deren Interesse mit Füßen tritt, so wird den Arbeitern das Henningsche Brot wahrscheinlich nicht mehr schmecken, sondern sie werden ihr Brot dort kaufen, wo ihre Interessen als Arbeiter Anerkennung finden. Wir hoffen aber, daß Herr Henning in seinem technisch fortschrittlichen Betriebe auch noch fortschrittliche Arbeitsverhältnisse einführt und hoffen auch, daß sich die Polizei mehr als bisher um die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen im Bäckereibetriebe kümmert. Von allem aber sollten sich die dort beschäftigten Kollegen selbst aufraffen und sich ihrer Organisation anschließen. Dann können Zustände, wie sie kritisiert wurden, nicht einreißen.

Schlimme Mißstände sind in der Bäckerei Mayer in Landshut anzutreffen. Im Betriebe fehlen nicht nur die polizeilichen Vorschriften, die Kalendertafel, der Tarif, die Unfallvorschriften usw.; auch in bezug auf die Sauberkeit bleibt nicht mehr als alles zu wünschen übrig. Seit dreiviertel Jahren sind die Semmeltücher nicht mehr gewaschen worden, für Teigtücher werden Mehlsäcke verwendet; die Backstube ist ebenfalls seit dreiviertel Jahren nicht mehr feucht gereinigt worden und trocken kann es nur teilweise geschehen, weil die Räumlichkeiten viel zu klein sind. An den Wänden ist der Mörtel abgestoßen, so daß die kahlen Steine hervorsehen. Waschgelegenheit ist nicht vorhanden; für zehn Arbeiter werden pro Woche nur zehn Handtücher verabreicht, so daß man sich denken kann, wie sie am Schlusse der Woche aussehen. Auch die Beleuchtung ist eine miserable; es muß bei Tag Licht gebrannt werden und die ganze Backstube gleicht mehr einem Stall als einem Raum, wo Lebensmittel hergestellt werden.

Merkwürdig, daß unsre Behörde dies alles ganz ruhig ansieht, ohne einzugreifen. Sind die Bäckergehilfen wirklich Menschen zweiter Klasse, daß sie in solchen Höhlen arbeiten müssen? Auch das konsumierende Publikum hat das vollste Recht, hier baldige Abhilfe zu verlangen. Es ist schlimm, daß immer erst die Arbeiter die Gewerbeinspektion und die Polizei auf solche Zustände aufmerksam machen müssen. Herr Mayer versteht es allerdings immer recht schön, durch leere Versprechungen die Arbeiter und die Behörde hinzuhalten und zu täuschen, aber wir wollen hoffen, daß nun endlich gründlich Besserung geschaffen wird!

Sozialpolitisches.

Wahlerfolge der Organisation in Karlsruhe. Wie aus allen Landen in den letzten Wochen großartige Wahlresultate berichtet werden konnten, so können auch die organisierten Bäckergehilfen von Karlsruhe wesentliche Erfolge melden. Am 16. November tagte für die Ortskrankenkasse der Bäcker eine ordentliche Generalversammlung, welche von 18 Kassenmitgliedern besucht war. Die Tagesordnung umfaßte unter anderm: Wahl des Ausschusses für Prüfung der Rechnung im laufenden Jahr und Neuwahl zweier Arbeitnehmer in den Vorstand. Seit Bestehen unsrer Mitgliedschaft beteiligte sich dieselbe zum erstenmal mit eignen Kandidaten an beiden Wahlen. Das Stimmenverhältnis war folgendes: 14 Stimmen für uns, 1 Stimme auf einen Christlichen und 3 unbeschrieben. Ein heiterer Zwischenfall ereignete sich; als der Vorsitzende sah, daß unsre Mitglieder, soweit sie wahlberechtigt, in der großen Anzahl vertreten waren, mußte der Sprechmeister, Herr Jung, Umschau halten, ob in einem andern Saal noch Bäckergehilfen anwesend seien. Inzwischen beantragte Kollege Spittler, die Versammlung doch zu eröffnen, es wäre eine Viertelstunde nach Ansetzungszeit verstrichen, und wir könnten nicht warten, bis die Bäckermeister ausgeschlafen hätten. In den Prüfungsausschuß sind die Kollegen Kuß und Heider gewählt worden. Als Vorstandsmitglieder fungieren Fischer und Spittler. Bemerkt soll noch werden, daß wir die Einladungen zwei Tage später erhalten haben als die übrigen am Orte bestehenden Vereine! Es ist uns zum Leidwesen der Herren aber doch gelungen, den Sieg davonzutragen. Dem Gehilfenverein diene zur Beruhigung, daß wir doch mehr als fünf Wahlberechtigte in unsern Reihen aufzubringen vermochten. Ein Beweis dafür, daß es uns überall ernst ist, wirkliche Verbesserungen für die Kollegenschaft herbeizuführen. Darum, Kollegen, immer vorwärts zu neuen Kämpfen und neuen Siegen.

Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse in Magdeburg. Am 21. November fand die Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse der in Konditoreiwaren- usw. Fabriken beschäftigten Personen statt. Trotz verhältnismäßig flauer Beteiligung der Verbandsmitglieder siegte die Liste des Verbandes mit großer Stimmenmehrheit. Es war noch eine Liste von den vereinigten Hirschen, Kriegervereinlern, Halleschen und Unorganisierten aufgestellt. Zur Täuschung begann deren Stimmzetel mit dem Namen eines bekannten Verbandsmitgliedes; auch sonst waren noch einige unsrer Kollegen ungefragt auf die Liste gekommen. Trotzdem die Gegner alles heranschleppten, erhielten sie nur 21 Stimmen.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Der zehnte Verbandstag des Verbandes der Mühlenarbeiter Deutschlands wird von der Hauptverwaltung des Verbandes für den 14. Mai, abends 8 Uhr, und folgende Tage nach München in das Gasthaus „Zum Högerbräu", Tal 75, einberufen. Vorläufige Tagesordnung: 1. Konstituierung des Verbandstages. 2. Geschäftsberichte: a) der Hauptverwaltung, b) des Verbandsausschusses. 3. Verschmelzung unsres Verbandes mit dem Bäcker- und Konditoren- oder mit dem Brauereiarbeiterverband. Weitere Gegenstände gedenkt die Hauptverwaltung zunächst auf die Tagesordnung nicht zu setzen; wird die Verschmelzung mit einem der vorgenannten Verbände abgelehnt, so soll der Verbandstag dann selbst die Möglichkeit haben, die zum weiteren Ausbau des Verbandes notwendigen Aussprachen auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Aussperrung in der Schuhindustrie des Mainganes wurde vermieden. Nach zweitägigen Verhandlungen von Organisation zu Organisation wurde der Friede wieder hergestellt. Grundlage zur Einigung bildeten die vor drei Wochen den in der Schuhfabrik von Herz, Frankfurt a. d. O., beschäftigten Zuschneidern gemachten Zugeständnisse. Danach sind Lohnerhöhungen von 2 bis 4 ₰ pro Stunde erfolgt, je nach Leistung. Außerdem wurde die Einführung technischer Verbesserungen festgelegt, so daß den Zuschneidern die Möglichkeit wird, in Zukunft ihre Löhne weiter zu erhöhen. Der Höchstlohn beträgt jetzt in Offenbach 56, in Frankfurt a. M. 60 ₰ pro Stunde. Die Mehrzahl aller Zuschneider erhält jetzt über 50 ₰ pro Stunde nach Tarif.

Tarifbewegung im Holzgewerbe. Wir berichteten bereits über die umfassenden Tarifkündigungen im Holzgewerbe; die „Holzarbeiter-Zeitung" schreibt jetzt zur Lage, daß die Vorstände sich dahin geeinigt haben, daß die abzuschließenden Verträge wieder drei Jahre, und zwar bis zum 15. Februar 1913, laufen sollen. Die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit soll einer sogenannten Staffelkommission überwiesen werden, die ihre Arbeiten auf Grund des vom Holzarbeiterverbande ausgearbeiteten und vom Arbeitgeberverband anerkannten „Casseler Regulativs" erledigen soll. Gegen den Vorschlag, man möge die sämtlichen in Frage kommenden Verträge gemeinschaftlich „freundschaftlich" kündigen, wurden Bedenken erhoben und die Entscheidung darüber vertagt. Die Verhandlungen an den einzelnen Orten sollen am 18. November auf der ganzen Linie beginnen.

Die „Fachzeitung" des Arbeitgeberschutzverbandes berichtet in demselben Sinne über die Konferenz der Verbandsvorstände und druckt auch das Kündigungsschreiben der Unternehmer ab, das für alle Orte gleichlautend ist. Es heißt darin:

„Nachdem die Zentralvorstände der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen für das deutsche Holzgewerbe die Erneuerung der ablaufenden Verträge ins Auge gefaßt haben und auf beiden Seiten die Geneigtheit besteht, dieses Ziel ohne Unterbrechung des gewerblichen Friedens zu erreichen, hat sich die gegenseitige Kündigung aller derjenigen Verträge als notwendig erwiesen, welche vom 1. Januar bis 1. April ihr natürliches Ende erreichen.

Wie uns durch unsern Zentralvorstand mitgeteilt wurde, soll durch diese gegenseitige Kündigung eine Basis für die schon im November stattfindenden örtlichen Verhandlungen geschaffen werden.

Wir kündigen deshalb frist- und formgemäß den mit Ihnen abgeschlossenen Vertrag und erklären uns jetzt schon bereit, Donnerstag, den 18. November, über die Erneuerung unsres bisherigen Verhältnisses mit Ihnen in Beratung zu treten. Ort und Stunde der Zusammenkunft bitten wir, mit uns zu vereinbaren."

Hierzu wird uns mitgeteilt, daß der gemeinschaftlichen, freundschaftlichen Kündigung vom Holzarbeiterverbande nicht zugestimmt wurde. Der Artikel der „Fachzeitung" ist auf Frieden gestimmt. Die Einleitung des Artikels klingt besonders friedfertig und beweist, daß auch die Leitung des Arbeitgeberverbandes aus der Vergangenheit gelernt hat. Nach der Mitteilung über die Kündigung heißt es:

„Damit ist jedoch keineswegs gesagt, daß die deutsche Holzindustrie vor neuen und schweren Erschütterungen steht oder daß aus der Vertragskündigung auf einen Kampf zwischen den beiderseitigen Organisationen geschlossen werden muß; denn die der Kündigung voraufgegangene Aussprache der beiderseitigen Zentralvorstände hat die volle Bereitwilligkeit beider Parteien zur friedlichen Erneuerung der Verträge ergeben.

Die wiederholten schweren Kämpfe der letzten Jahre haben der deutschen Holzindustrie zwar schwere Wunden geschlagen, aber sie haben auch manches Gute gezeitigt. Beide Teile sind aus den fortgesetzten Beunruhigungen, Streiks und Sperren zu vertraglichen Verhältnissen gekommen und, wie man ruhig eingestehen kann, ist auch das Verantwortlichkeitsgefühl der Organisationsleitungen auf beiden Seiten gewachsen."

Am Schlusse des Artikels wird allerdings gesagt:

„Voraussetzung und Vorbedingung einer Verständigung bei den am 18. d. M. beginnenden örtlichen Verhandlungen ist deshalb ein weises Maßhalten in der Formulierung etwaiger Wünsche für die Gestaltung der neuen Verträge. Nur wenn dieser Grundsatz seitens der Arbeiterführer beobachtet und den Verhältnissen Rechnung getragen wird, kann die deutsche Holzindustrie vor Erschütterungen bewahrt werden, die verhängnisvoll für beide Teile sein müßten."

Wir möchten dem hinzufügen: Wenn die Arbeitgeber den berechtigten Wünschen der Holzarbeiter Rechnung tragen, dürfte eine Verständigung nicht schwer sein. Hoffen wir, daß der gute Wille hierzu bei den Arbeitgebern der einzelnen Orte — auch in Berlin — vorhanden ist. Denn besonders die Berliner Holzindustrie hat sich heute, nach drei Jahren, kaum von den Folgen des letzten, von den Arbeitgebern heraufbeschworenen Kampfes erholt und könnte ein neuer Kampf den Ruin der Berliner Industrie bedeuten.

Zwangsarbeitsnachweise für die Bergarbeiter. Der Gewaltakt der Zechenbesitzer, d. h. die Errichtung des Zwangsarbeitsnachweises, soll trotz aller Proteste der Bergarbeiter nun doch durchgeführt werden. Das Unterdrückungsinstitut soll mit dem 1. Januar in Kraft treten. Die Zentralstelle soll in Essen a. d. R. errichtet werden, Zweigstellen in Hamm i. W., Kamen, Dortmund, Lütgendortmund, Witten, Herne, Bochum, Recklinghausen, Gelsenkirchen, Essen, Oberhausen, Gladbeck, Buer, Moers und Sprockhövel. — Diese Gewaltmaßregel bedeutet eine schwere Provokation der Bergleute im Ruhrbecken, deren sich ob dieses Gewaltaktes eine ungeheure Aufregung bemächtigt hat.

Zur Beendigung des Kampfes in Schweden. Die schwedische Arbeiterschaft hat drei Positionen durch den Kampf gewonnen, die von unschätzbarem Wert sind. Sie ist zunächst in den ursprünglichen Konflikten nicht gebunden worden durch Verträge mit reduzierten Löhnen für die kommende Konjunkturperiode. Sodann ist das Bestreben des Arbeitgebervereins, die ganze Gewerkschaftsaktion durch eine Reihe prinzipieller Vertragsbestimmungen lahmzulegen, auf der ganzen Linie zurückgeworfen worden. Und drittens hat die Aussperrungstaktik der schwedischen Unternehmerorganisation ganz zweifellos einen derartigen Stoß erhalten, daß sie in absehbarer Zeit nicht die bisherige Bedeutung wieder erlangen kann. Denn dafür werden die Unternehmer schwer wieder zu haben sein, einen derartigen Kampf monatelang ergebnislos zu führen. Die Landesorganisation der Gewerkschaften hat durch den Kampf also das erreicht, was sie in der Massenstreikproklamation als den Zweck des Kampfes bezeichnete: Den Drohungen mit der Massenaussperrung aus Anlaß jedes kleinsten Konflikts einen Damm zu setzen.

Die Wirkung, die dieser große Kampf auf die schwedische Arbeiterschaft zur Erweckung ihres Klassenbewußtseins ausgeübt hat, zeigt sich am deutlichsten dadurch, daß die Auflage des Stockholmer Parteiorgans eine Zunahme von über 20 000 erfahren hat.

Die schwedische Landeszentrale sandte an die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften unterm 16. d. M. folgendes Telegramm:

> Nachdem unser Kampf jetzt in ein neues Stadium getreten ist und im Hinblick auf die großzügige Hilfe, die uns von der deutschen Arbeiterschaft gewährt wurde, teilen wir mit, daß die Sammlung in Deutschland jetzt geschlossen werden kann. Zirka 15 000 Arbeiter bleiben jedoch auch jetzt noch außer Arbeit.
>
> Der deutschen Arbeiterschaft bringen wir für die uns gewährte Hilfe unsern wärmsten Dank.
>
> Für das Landessekretariat:
> Lindquist.

Die Generalkommission schließt mit Bezugnahme auf die Mitteilung der schwedischen Landeszentrale die Sammlung für die Schweden und ersucht die Organisationen und Kartelle, die noch eingehenden Gelder gemäß den Bestimmungen der Cölner Resolution, betreffend Streikunterstützung, an den Kassierer der Generalkommission, H. Kube, Berlin SO. 16, Engelufer 14/15, einzusenden.

Der Kassierer quittiert über bisher in Summa von *M* 1 283 161,60 eingegangene Gelder für die schwedischen Kämpfer.

Der Anschluß der American Federation of Labour an das Internationale Sekretariat der Gewerkschaften. Der internationale Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen, Genosse Legien, erhielt am 20. November von dem Präsidenten der American Federation of Labour, Gompers, ein Telegramm aus Toronto folgenden Inhalts: „Die American Federation of Labour hat den Anschluß an das Internationale Sekretariat beschlossen."

Die American Federation of Labour steht mit 1 586 885 Mitgliedern, die am Jahresschlusse 1908 gezählt wurden, an der zweiten Stelle aller der Landesgewerkschaften, die ihrer Landeszentrale angeschlossen sind. Deutschland steht mit 1 831 000 Mitgliedern an erster Stelle. Die Organisierten der gewerkschaftlichen Landeszentralen, die der Internationale angeschlossen sind, umfassen jetzt die Summe von 5 563 000 in 17 Ländern. Ueberhaupt organisiert sind in 19 Ländern 8 030 000 Arbeiter. Die gewerkschaftliche Internationale ist also die gewaltigste Organisation der Erde.

Der amerikanische Arbeiterbund stand vor rund einem Jahrzehnt noch in seinen Anfängen. 1897 waren es 264 000 Mitglieder, 1902 wurde die erste Million überschritten, 1904 waren es 1 676 000 Organisierte, das folgende Jahr brachte einen Rückschlag um 180 000, seit 1907 ist die Organisation wieder ständig im Wachsen begriffen. Im vergangenen Geschäftsjahre, es endigte mit dem 30. September 1908, betrug die Steigerung rund 48 000. Nach der Größe der einzelnen Organisationen ergibt sich, daß zwei Organisationen der an den Arbeiterbund angegliederten Gewerkschaften an Mitgliedern über 100 000 zählen. Es sind die Bergarbeiter und die Zimmerer. Ihre Mitglieder zählen zusammen 432 000. 50 000 bis 100 000 Mitglieder zählen 4 Organisationen, 10 000 bis 50 000 haben 29 und unter 10 000 81 Organisationen. Dazu kommen noch 583 Lokalvereine und gemischte Gewerkschaften mit zusammen 23 880 Mitgliedern. Von den 116 Verbänden teilten 99 mit, daß sie Arbeitskämpfe durchzuführen hatten. Es nahmen an ihnen 115 923 Arbeiter teil. Die Kosten der Streiks und Aussperrungen betrugen 2 448 041 Dollars. Ueber Ausgaben an Unterstützungen — andre als Streikunterstützungen — berichteten 64 Verbände, davon verausgabten 61 für Begräbniskosten, ein besonders weit ausgebauter Unterstützungszweig der amerikanischen Gewerkschaften, 1 288 000 Dollars, 21 Verbände für Krankenunterstützung 593 541 Dollars, 4 für Reiseunterstützung 15 094 Dollars, 11 für Arbeitslosenunterstützung 205 254 Dollars und 4 für Werkzeugversicherung 5872 Dollars. Diese Zahlen ergeben aber nur ein begrenztes Bild der Unterstützungseinrichtungen, da viele Organisationen mit ihren Ziffern noch fehlen. Interessant erscheint, daß sogenannte Gewerkschaftsmarken, die den Produkten aufgeklebt werden und sie so als Waren kennzeichnen, die von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern hergestellt sind, bei 58 Organisationen im Ge-

brauche waren. Die Einnahmen und Ausgaben des Arbeiterbundes betrugen 1904: 220 996 und 203 991 Dollars, 1908 waren es 207 665 und 196 937 Dollars. Eine finanzielle Fortentwicklung hat das letzte Jahrfünft also nicht zugelassen. Am 1. Oktober 1908 war ein Kassenbestand von 138 627 Dollars vorhanden. Die Einnahmen und Ausgaben des politischen „Arbeitervertretungskomitees" sind in dem vorstehenden nicht mit einbezogen, weil dieses Komitee eine eigne Abrechnung führt. Es bleibt nun abzuwarten, welche Richtung die Entwicklung der amerikanischen Arbeiterbewegung weiter nimmt. Der Anschluß an die Internationale läßt die Hoffnung zu, daß sie, abgesehen von den nationalen Eigentümlichkeiten, den bekannten Weg der Arbeiterorganisationen unsres Kontinentes gehen wird. Ueber die Tatsache des Beitritts zur Internationale wird sicher überall unter den Arbeitern ungeteilte Freude herrschen.

Genossenschaftliches.

Unsern Genossenschaftstarif haben seit der letzten Veröffentlichung noch folgende Vereine anerkannt: Konsumverein (A.-G.) Bremen, Konsumverein Jena, Konsumverein „Vorwärts" in Neugersdorf, Konsumverein für Mülheim a. M., Konsum-, Spar- und Produktivgenossenschaft Oelsnitz i. Erzgbg., Konsum- und Produktivverein I Sonneberg i. Thür., Konsumverein Zeitz und Umgegend, Konsumverein Schramberg (Württemberg). Das sind nun insgesamt 122 tariftreue Vereine, welche zusammen 106 Backmeister und 1430 Bäcker beschäftigen.

Anzeigen.

Mitgliedschaft Hamburg-Altona,
Bezirk Altona-Ottensen.
Dienstag, den 30. November, vorm. 10 Uhr:
Bezirks-Versammlung
bei **G. Mötzel**, Holstenstr. 13. [M. 2]
Vortrag des Kollegen Kahl.
Um zahlreichen Besuch bittet **Die Bezirksleitung.**

Sektion der Grobbäcker.
Sonnabend, den 4. Dezember, abends 8½ Uhr:
Sektions-Versammlung
bei **Stange**, Zeughausmarkt.
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Kartellbericht. 3. Wahl einer Wahlkommission. 4. Verschiedenes.
[M. 2] **Die Sektionsleitung.**

Sektion der Konditoren.
Mittwoch, den 1. Dezember, vorm. 8½ Uhr:
Versammlung
bei **Borgstedt**, Neuer Steinweg 49. [M. 2]
Tagesordnung: Vortrag über die Reichsversicherungsordnung. Referent: Kollege Weidler. Wahl der Wahlkommission.
Um zahlreichen Besuch bittet **Die Sektionsleitung.**

Unserm lieben Freunde und treu bewährten Vorkämpfer **C. A. Seidl** nachträglich
zum 50. Geburtstage die besten Wünsche!
München. [M. 1,60] **Sektionen der Konditoren.**

Bäcker Sport-Club 1908, Berlin.
Mitglied des Arbeiter-Athletenbundes.
Jeden Dienstag und Freitag von 3 bis 6 Uhr Uebungsstunde im Restaurant **Borchardt**, Köpenickerstr. 158.
Gäste willkommen! [2,10]

An der Reeperbahn in Hamburg
habe ein Lokal zu vermieten, welches sich zur Anlage einer Konditorei mit Café ganz vorzüglich eignen würde. Reflektanten belieben ihre Adresse sub 196 einzureichen an d. Exped. d. Bl. [M. 1,80]

Zu vermieten oder zu verpachten
Grob- und Feinbäckerei
[2,70] **Herm. Bischoff**
Hemelingen b. Bremen, Ludwigstraße 23.

Deutscher Arbeiter-Stenographen-Bund
System Arends.
Junge, intelligente Arbeiter erlernen kostenfrei die Arendssche Kurzschrift. Im schwedischen Reichstage verdrängten die Arendsianer bei **freiem Wettbewerb** die Gabelsbergerianer, so daß heute dort 23 Arendsianer und nur noch 8 Gabelsbergerianer arbeiten. Die Arendssche Kurzschrift findet ferner Anwendung im Deutschen Reichstag sowie im Preußischen Landtag. Fast sämtliche Gewerkschaftskongresse werden von Arendsianern aufgenommen. Der Deutsche Arbeiter-Stenographenbund, System Arends, unterrichtete 1908—1909 über 3000 Arbeiter. Zeitungsauflage: Organ „Arbeiter-Stenograph", September 1909, 15 000 Exemplare. Unter Beifügung üblichen Portos richte man Adresse an
Louis Flach, Frankfurt a. M., Graubengasse 35.
(Bitte ausschneiden, aufheben oder weitergeben.)

Glas-Christbaumschmuck

[M. 6]
aus erster Hand, in nur tadelloser Ausführung. **Sortiment I** enthält **320** Stück nur bessere diesjährige Neuheiten, wie Hirsch mit Geweih, Hund, Ente, Schwan und noch verschiedene schöne Vögel, alles hochfein auf Klammer, wunderschön übersponnene Sachen, Schneeballen, Luftballon, Reflexe, sehr schöne Silberspitze mit Helm, Trauben usw., usw. zum billigen Preise von M. 5 (Nachn. M. 5,30). **Sortiment II: 120** Stück zum selben Preise von M. 5 (Nachn. M. 5,30). Jedem Sortiment füge wunderschöne Figuren aus Glas bei, wie Büsten, Bauernmädchen und Weihnachtsmänner, außerdem noch Rose mit Laub und Stiel.
Für Händler Extra-Sortiment von M. 8 und höher.
Max Heumann, Lauscha, S.-M., Nr. 11.

Bäckerei-, Transport- und Kohlenkörbe
liefern bei bester Ausführung billigst
Konsumverein Schney.
Station: Lichtenfels i. Bayern.

Frau J. Schäfer Ww.
empfiehlt sich ihren geehrten Kunden nach wie vor zur Anfertigung von **Herren-, Damen- und Kinderwäsche.**
Spezialität:
Bäcker- und Konditor-Berufskleidung
Hamburg-Eppendorf, Lehmweg 58, II.

Allen Münchener Bäcker- und Konditoren-Gehilfen empfiehlt sich zur Anfertigung von **Herrengarderoben** aller Art in jeder Preislage. — **Für eleganten Schnitt und Sitz weitgehendste Garantie.**
Georg Prem, Walterstr. 19/0, Rg.

Allen Kollegen **Hamburgs** sei meine
:: Gastwirtschaft ::
bestens empfohlen.
Guter Mittagstisch
Verkehrslokal der Bäcker Barmbecks.
Hermann Artmann,
Hamburg-Barmbeck, v. Essenstr. 91.

Das D. D.-G.-Buch Nr. IV
kommt gegen Weihnachten zur Versendung. Auch dieses Buch ist wieder reich an fachlichen und für Bäcker- und Konditorgewerbe wissenswerten Abhandlungen.
Bestellungen, die wir jetzt schon erbitten, sind stets 10 Pfg. pro Buch für Porto beizufügen.
Deutsche Diamalt-Gesellschaft
m. b. H.
München II, Brieffach 102. [M. 27]

Mitglieder- bezw. öffentliche Versammlungen.

(Wo nichts Besonderes vermerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

Sonntag, 28. November:

Aalen: Vorm. 10 Uhr im Gasthaus „Zum Hirschen". — **Bant-Wilhelmshaven:** 4 Uhr bei Held, Grenzstr. 34. — **Crimmitschau:** 2 Uhr in der Zentralherberge. — **Hameln:** 4 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Hennigsdorf:** 4 Uhr bei Teßmann. — **Herford:** 2½ Uhr bei Hillert, Brüderstraße 10. — **Sonneberg:** 2 Uhr bei Albin Eckstein, Grüntal. — **Vegesack:** 4 Uhr bei Brümmer, Langenstr. 55.

Dienstag, 30. November:

Hamburg-Altona (Bezirk Altona-Ottensen) Vorm. 10 Uhr bei Mötzel, Holstenstr. 13. — **Regensburg:** „Zur Schillerlinde", Glockenstr. B 31.

Mittwoch, 1. Dezember:

Friedberg i. H.: Im „Saalbau". — **Gießen:** 3 Uhr bei Reinhold in Wetzlar, Sillhoferstraße. — **Hamburg-Altona** (Konditoren, Backgehilfen): 8½ Uhr bei Borgstädt, Neuer Steinweg 49 (Vortrag); (Sektion der Seefahrer): 8 Uhr bei Pfeifer, St. Pauli, Silbersackstr. 15. — **Höchst a. M.:** 2 Uhr bei Pump, Königsteinerstr. 65. — **Plauen i. V.:** 2 Uhr im „Schillergarten". — **Schwabach:** Bei Hoffmann, im „Walfisch".

Donnerstag, 2. Dezember:

Berchtesgaden. — **Danzig:** Bei Schatz, Fischmarkt 6. — **Forst i. d. L.:** Bei Mielke, Bahnhofstr. 26. — **Frankfurt a. Main** (Nachtarbeiter): 1 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Freiburg i. Br.** (Sektion I): 3 Uhr „Zum Storchen", Schiffstraße. — **Guben:** „Zum Fürsten Blücher", Zindelplatz. — **Luckenwalde:** 5 Uhr im Gewerkschaftshaus, Beelitzerstraße. — **Metz:** Im neuen Gewerkschaftshaus, Deutsche Straße. — **Pirmasens:** „Zur Traube", Schloßstraße. — **Stettin** (Nachtbäcker): 3 Uhr bei Mielenz, Turnerstr. 7.

Sonnabend, 4. Dezember:

Barleben b. Magdeburg: (Mitgliederversammlung): Im Gewerkschaftshaus (Vortrag). — **Frankfurt a. Main** (Tagarbeiter): 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Freiburg i. Br.** (Konditoren, Sektion II): 8 Uhr „Zur Lessingstube", Hummelstraße. — **Hamburg-Altona** (Grobbäcker): 8½ Uhr bei Stange, Zeughausmarkt. — **Leipzig** (Konditoren): 8 Uhr im Volkshaus, Zeitzerstraße 32. — **Lüdenscheid:** 8½ Uhr bei Adrian, Louisenstraße. — **Nürnberg** (Fabrikbranche): 8 Uhr im „Historischen Hof". — **Stettin** (Konditoren und Tagbäcker): Bei Albert Liptow, König-Albertstr. 43.

Sonntag, 5. Dezember:

Barmen: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Parlamentstraße. — **Bernburg:** Im Gewerkschaftshaus, Schulstr. 17. — **Brandenburg:** Vorm. 11 Uhr im „Deutschen Haus", Steinstraße 32. — **Braunschweig:** 3½ Uhr in Stegers „Bierpalast", Stobenstr. 9. — **Bremerhaven:** 3 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Chemnitz:** Im „Annengarten", Annenstraße. — **Dessau:** 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Ballenstedterstr. 1. — **Dortmund:** 3 Uhr „Zur Reichskrone", Mühlenstr. 6. — **Düsseldorf:** Vorm. 11 Uhr bei R. Ewald, Breitestr. 15. — **Eisenach:** 3 Uhr „Zum goldenen Engel", Katharinenstraße. — **Flensburg:** 2 Uhr bei Sinn „Nordertor-Bierhalle". — **Frankfurt a. d. O.:** Im Gewerkschaftshaus, Oderstr. 51. — **Geesthacht:** 3½ Uhr bei Ruscio. — **Gera:** Im „Hainberg" (Vortrag). — **Hof:** Im Gasthof Glaier, Sophienburg. — **Hildesheim:** Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Goschenstraße 23. — **Kiel:** 4 Uhr im Gewerkschaftshaus, Fährstraße. — **Landsberg a. d. W.:** 2 Uhr bei Kaiser, Luisenstr. 5. — **Lübeck:** 3 Uhr im Vereinshaus, Johannisstr. 50. — **Meuselwitz:** 3 Uhr „Zum Deutschen Kaiser". — **Mülhausen i. E.:** Vorm. 10 Uhr bei Schlinger, Vaubanstr. 43. — **Schmölln:** 2 Uhr „Zur Germania", Crimmitschauerstraße. — **Schwerin:** 4 Uhr bei W. Decken, Großes Moor 51. — **St. Johann a. d. S.:** 3 Uhr im „Tivoli", Gerberstr. 26. — **Suhl:** 3 Uhr in Dombergs „Ansicht". — **Tangermünde:** 3 Uhr im „Kaiserhof", Langestraße 47. — **Ulm:** 3 Uhr im Restaurant „Hohentwiel". — **Weimar:** 3 Uhr im Volkshaus.

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidler, Hamburg, Besenbinderhof 57. — Verlag von O. Allmann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Beilage zur „Deutschen Bäcker- und Konditoren-Zeitung“ Nr. 48

Hamburg, den 27. November 1909

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Beim Verbandsvorstand ist seitens der Kassierer einiger Zahlstellen Beschwerde darüber geführt, daß die Unterstützungsauszahler in den meisten Zahlstellen den Unterstützungsempfängern die laufenden Beiträge von der Unterstützung nicht in Abzug bringen. Wir verweisen deshalb ausdrücklich auf § 10 des Unterstützungsreglements, welcher lautet: „Laufende Beiträge sowie Restbeiträge bis zu 13 Wochen sind von der Unterstützung in Abzug zu bringen.“ — Danach sind also die Auszahler der Unterstützung verpflichtet, bei der Auszahlung der Unterstützung stets etwaige rückständige und auch die laufenden Beiträge in Abzug zu bringen. Dementsprechend muß überall verfahren werden.

Das Mitgliedsbuch Nr. 29 979, auf den Namen Reinhold Isert lautend, ist in Weißwasser gefunden worden. Der Kollege Isert wird ersucht, sich dasselbe vom Kassierer R. Knoll, Weißwasser, Luisenstr. 17, senden zu lassen.

Wir erinnern die Vorstände der Zahlstellen daran, daß die Bestellungen auf das Werk: „Geschichte der deutschen Bäcker- und Konditoren-Bewegung“ bis zum 15. Dezember bei der Hauptverwaltung des Verbandes eingereicht sein müssen und ersuchen, das Einsammeln der Bestellungen von den Mitgliedern beschleunigen zu wollen.

Der Zahlstelle München wurde auf ihren Antrag die Genehmigung dazu erteilt, einen einmaligen Extrabeitrag von 50 ₰ pro Mitglied im Dezember d. J. zu erheben.

Ausgeschlossen wurde auf Antrag der Zahlstelle Dortmund auf Grund des § 8 des Statuts Johann Paschmionka, Buchn. 27 802.

Der Verbandsvorstand.
J. A.: O. Allmann, Vorsitzender.

Heute ist der 49. Wochenbeitrag (28. November bis 4. Dezember) fällig.

Quittung.

Vom 14. bis 20. November gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

Für Monat Oktober: Zahlstelle Augsburg M. 60,80, Danzig 189,05, Amberg 54,70, Altenburg 45,20, Remscheid 33,30, Markt-Redwitz 19,70, Hof 27,30, Görlitz 63,50, Oldenburg 32,10, Flensburg 56,80, Weißwasser 27,30, Waldenburg 33,10, Striegau 32,90, Schwerin 12, Malmö 50,40, Forst 22,90, Straubing 49,20, Solingen 68,60, Leisnig 12, Plauen 78,70, Kaiserslautern 46,40, St. Johann 120,20, Marburg 14,60, Königsberg 41,70, Segeberg 22,80, Brandenburg a. d. H. 71,20, Neumünster 11,20, Passau 27,20.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: K. B.-Osnabrück M. 19, A. M.-Lößnitz 58,50, A. D.-Königsee 13, G. N.-Sonderburg 5, P. K.-Petersdorf 4,50, J. H.-Pinneberg 4, H. B.-Landsberg a. d. W. 19,50.

Für Abonnements und Annoncen: Zentral-Krankenkasse Plauen i. V. M. 4,80, K. B.-Hof 1, P. P.-Hamburg 1,80.

Mit den Beiträgen an die Hauptkasse restieren für Monat Oktober die Zahlstellen Cottbus, Lüneburg und Metz, für die Monate September und Oktober die Zahlstelle Pirmasens.

Der Hauptkassierer. J. V.: M. Langhann.

Aus den Bezirken.

Wiesbaden-Darmstadt. Wer die Adressen von Friedrich Schöller, Angelius Samstag und Wilhelm Seitz kennt, wird ersucht, diese an den Bezirksleiter Eugen Dengel, Wiesbaden, Sedanstraße 5, h. l. r., gelangen zu lassen. Die gesuchten Kollegen werden bei einem Prozeß in Darmstadt gebraucht; sie haben alle drei in Niederbeerbach bei Darmstadt gearbeitet.

Aus der Konditorei-, Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie.

Was bringt uns die neue Gewerbeordnung? Mit dieser Frage beschäftigten sich schon wieder die Organisationen der Berliner Fabrikanten. Man hatte folgendes charakteristisches Rundschreiben an die Berliner Mitglieder erlassen:

Sehr geehrter Herr Kollege!

Wie allen Industriezweigen, so droht auch der Zuckerwaren- und Schokoladenindustrie durch das Inkrafttreten der neuen Gewerbeordnung und des neuen Gesetzes, betreffend den unlauteren Wettbewerb, große Gefahr. Besonders die Gewerbeordnung in ihrer neuen Fassung bedeutet nicht nur für den großen und mittleren Fabrikanten, sondern auch für die kleinsten Fabrikbetriebe einen Hemmschuh der freien Geschäftsdisposition durch Auferlegung vielseitiger neuer Lasten und Pflichten.

Da besonders in der Anwendung dieses Gesetzes den Ortsbehörden weitgehende Bewegungsfreiheit gelassen ist: vor allem die Beurteilung der Bedürfnisfrage für Ueberstunden, Sonntagsarbeit usw. in den einzelnen Branchen dem Reviervorsteher des zuständigen Polizeibezirks anvertraut wird, so ist es Pflicht der Brancheninteressenten, durch rechtzeitigen Zusammenschluß, Petitionen usw. dahin zu wirken, daß die Härten des Gesetzes nach Möglichkeit abgeschwächt werden. Ein erfolgreiches Vorgehen nach dieser Richtung hin ist aber nur dann möglich, wenn sich alle Fabrikanten unsrer Branche, ob groß, ob klein, an dem Protest beteiligen.

Zu diesem Zwecke erlauben wir uns auch Sie zu der am 12. November cr., abends 8 Uhr, im Hotel „Nordischer Hof“, Invalidenstraße 125/126, anberaumten Versammlung mit untenstehender Tagesordnung ergebenst einzuladen.

Herr Giese war es, der den Herren noch einmal klarmachte, was für eine schwere Schädigung durch die Novelle zur Gewerbeordnung über sie hereingebrochen sei, und natürlich faßte man dann einstimmig den Beschluß, an den Minister für Handel und Gewerbe eine Eingabe zu richten, um die Genehmigung der für Ueberarbeit der weiblichen Arbeiter in Zukunft vorgesehnen 40 Ausnahmetage für unsre Branche in Berlin unabhängig von der jedesmaligen Erlaubnis der Ortspolizeibehörde zu erlangen. Das heißt also, man will die Generalerlaubnis für das ganze Jahr haben, um der lästigen Kontrolle möglichst entzogen zu sein.

Der Zuckerwarenfabrikant Lenke in Kaiserslautern gehört offenbar zu denjenigen Herrenmenschen, die erst klug werden, wenn ihre Halsstarrigkeit gegen bescheidene Forderungen der Arbeiterschaft ihrem Betriebe bereits empfindliche Verluste beigebracht hat. Statt den überbescheidenen Wünschen der Arbeiter und Arbeiterinnen etwas entgegenzukommen und durch eine nach und nach weitergreifende Verbesserung der Löhne, den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren, stemmen sich solche Hartköpfe aus „Prinzip“ gegen gemeinsame Forderungen „ihrer“ Leute; eines Tages müssen sie dann doch erleben, daß sie die Vorwärtsentwicklung der Dinge auf die Dauer nicht aufhalten konnten. Im Falle Lenke stellt, was auch nichts Neues mehr ist, außerdem die Gattin des Herrn „ihren Mann“ in der Bekämpfung der Organisation. Eine Betriebsversammlung, die sich mit den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen, der dort beschäftigten Personen befaßte, genügte, den Fabrikinhaber aus dem Häuschen zu bringen. Die ganze Bande, welche in der Versammlung war, muß hinaus, so schrien er und seine bessere Ehehälfte, die Arbeiter und Arbeiterinnen an. Die Verbandsmitglieder müssen zuerst hinaus. Am 11. und 12. November wurden denn plötzlich zwei Arbeiter und eine Arbeiterin entlassen. Den andern, die an der Versammlung teilnahmen, hat der Herr am 13. d. Mts. gekündigt. Er hat sich dadurch als direkter Feind des Koalitionsrechtes gezeigt. Eine andre Versammlung beschäftigte sich darauf wieder mit diesen Maßnahmen und verlangte die Wiedereinstellung der Gemaßregelten sowie die Zurücknahme der Kündigung der andern. Ferner formulierte man einige Forderungen: Erhöhung der Stundenlöhne um bis 4 ₰ für alle im Betriebe beschäftigten Personen. Ferner sollen die Ueberstunden für männliche Arbeiter mit 25 pZt., für weibliche Arbeiter mit 15 pZt. Aufschlag vergütet werden. Die bisher bezahlten Löhne schwanken zwischen 29 und 34 ₰ pro Stunde für männliche und für weibliche Arbeiter zwischen 7 und 12 ₰ pro Stunde. Auch wurden von den jetzigen und früheren Arbeitern dieses Betriebes nochmals krasse Mißstände und Vorkommnisse, welche sich in dieser Fabrik ereigneten, zur Sprache gebracht. Auf die eingereichten Forderungen ist eine Antwort nicht eingetroffen. Am 17. November wurden dann ein Vertreter des Verbandes sowie der Kartellvorsitzende bei dem Fabrikanten vorstellig, um zu versuchen, eine Verständigung herbeizuführen. Herr Lenke war jedoch nicht zu bewegen, irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Er erklärte wiederholt, daß er absolut nichts dagegen habe, wenn sich seine Arbeiter organisieren, aber er dulde nicht, daß hinter seinem Rücken etwas vereinbart werde. Organisieren dürfen sich die Arbeiter dieses Unternehmers also, nur dürfen sie von der Organisation keinen Gebrauch machen. Vergeblich bemühten sich die Arbeitervertreter, Herrn Lenke auf einen andern Standpunkt zu bringen. „Und wenn das Geschäft zugrunde geht, werde ich nicht nachgeben“, erklärte Herr Lenke. Nur junge, ledige Arbeiter will der Herr Fabrikant nunmehr noch beschäftigen, mit denen er tun und lassen kann, was ihm beliebt. Ob sich dieses Unternehmerproblem leicht durchführen lassen wird, steht auf einem andern Blatt. Die dortigen Arbeiterkonsumenten werden, wie berichtet wird, den Produkten dieses Unternehmers natürlich die nötige Aufmerksamkeit schenken. Vor allem aber liegt es an den Kollegen und Kolleginnen, daß sie nun erst recht mit allem Eifer die Organisation ausbauen, denn Herr und Frau Lenke haben ja den Beweis erbracht, daß sie nur dem geschlossenen Drucke des Verbandes nachzugeben gewillt sind.

Einige Vergünstigungen bei der Firma Kaiser-Viersen. Die Firma Kaiser hat in letzter Zeit noch einige kleine Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse zugestanden, die, so minimal sie auch sind, wir aber doch registrieren wollen. Am 13. November hat eine Ausschußsitzung mit Vertretung der Firma stattgefunden, in welcher letztere mitteilen ließ, daß von jetzt an im Jahre zehn Feiertage statt wie bisher nur neun bezahlt werden sollen. Es hätte nämlich ein Arbeiter den Antrag gestellt, daß, sobald einer dieser festbestimmten Feiertage auf einen Sonntag fällt, so sollte dafür ein andrer, sonst nicht zu bezahlender Feiertag an seine Stelle treten. Es bleiben nämlich dann hier in dieser Gegend, immer noch genügend unbezahlte Feiertage übrig. Z. B. Fastnachten zwei Tage, Kirmes zweimal zwei Tage und die katholischen Marientage. Ferner wird vom nächsten Jahre ab Sonnabends nachmittags um 4 Uhr Feierabend eintreten — eine Folge der neuen gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitszeit der Arbeiterinnen. Wenn die Arbeiterinnen entlassen werden, hat die Weiterarbeit der männlichen Personen nicht viel Zweck mehr, und so hat man sich entschlossen, einheitlich aufhören zu lassen. Das war wenigstens einmal vernünftig. Weiter sollen vom nächsten Jahre an auch Ferien für die Arbeiterschaft eingeführt werden. Aber — das scheint etwas ganz Besonderes werden zu wollen; denn vorläufig wurde nur versprochen, daß das Nähere in der nächsten Ausschußsitzung klar gelegt werde. Jedenfalls wird man von vornherein denselben Maßstab anlegen können wie an die kürzlich geschilderten „Lohnerhöhungen“. Nun, immerhin — wir sind weit entfernt, die Zugeständnisse, so winzig sie sind, nicht anerkennen zu wollen, hoffen wir doch, daß die Arbeiterschaft nun einsieht, daß es nur die Organisation ist, die durch ihre Kritik die Maßnahmen der Firma veranlaßte, und daß die Kollegen und Kolleginnen nun erkennen, daß sie um so mehr die Pflicht haben, sich unserm Verbande anzuschließen, wenn sie wertvollere Verbesserungen ihrer Verhältnisse durchsetzen wollen. Denn daß die Fabrikleitung überall, wo sie nicht auf den Widerstand organisierter Massen stößt, an den Betriebskosten zu sparen sucht, sieht man an einigen Entlassungen, die in letzter Zeit vorgenommen wurden. Am 6. November wurde wieder drei Arbeiterinnen gekündigt, wovon zwei bereits acht bis neun Jahre im Betriebe ihre Arbeit verrichtet hatten. Gründe waren natürlich „unbekannt“. Sie lagen aber auf der Hand, da die Betreffenden eben schon etwas zu viel verdienten. Eine derselben ging auch zu dem Betriebsleiter Herrn Kesselburg und wollte Auskunft haben; sie bekam aber nur zur Antwort: Sie haben wohl ein gutes Benehmen, aber ihr Benehmen ist doch nicht gut genug, und deshalb muß ich sie entlassen. Also, obgleich die Arbeiterin von der Organisation nichts wissen wollte — sie hielt sich dazu jedenfalls für zu gut — wurde auch sie unter dem nichtigsten Vorwande entfernt. Auch daraus sollte jeder Arbeiter und jede Arbeiterin erkennen, daß nur in der geschlossenen Einheit aller die Gewähr liegt, daß jeder einzelne sich auf die Dauer eines entsprechenden Lohnes seiner Arbeit erfreuen kann, und deshalb muß die Parole sein: Hinein in den Verband! Jeder Kollege und jede Kollegin folge dem Rufe, wenn zu Hause gelegentlich einer gründlichen Hausagitation an ihn die Aufforderung zum Anschluß ergeht, jedes Verbandsmitglied beteilige sich aber auch an diesen notwendigen Agitationsarbeiten mit allem Eifer!

Salomonische Zunft-Weisheit.

In dem Artikel mit dieser Ueberschrift in letzter Nummer unsres Organs ist der Satz:

> Wir wollen nun hervorheben, daß beim Entscheid am 25. Oktober die „Konkordia“-Innung in Frage kam, beim Entscheid am 2. November aber die „Germania“-Innung des Herrn Bäckerinnungspräsidenten und Handwerkskammervorsitzenden in Betracht zu ziehen war.

durch ein Versehen der Redaktion nicht richtig wiedergegeben. Nicht der Entscheid der Handwerkskammer vom 25. Oktober, sondern der ablehnende vom 2. November bezog sich auf die Bäckerinnung „Konkordia“ (die Schwesterinnung des Herrn „Germania“präsidenten Bernard). Bei dem Beschluß vom 25. Oktober handelte es sich um die Innung eines andern Gewerbes. Wir bitten, dies zu beachten.

Die obige Notiz lag schon im Druck, da erhielten wir zu der Sache von der Handwerkskammer zu Berlin auch noch folgende Berichtigung:

Berlin, den 22. November 1909.

Auf Grund des § 11 des Reichs-Preßgesetzes vom 7. Mai 1874 und unter Bezugnahme auf den in der Beilage ihrer Zeitung Nr. 47 vom 20. November d. J. enthaltenen Artikel „Salomonische Zunft-Weisheit“, ersuchen wir, in die Beilage der nächstfolgenden, für den Druck nicht bereits abgeschlossenen Nummer der „Deutschen Bäcker- und Konditoren-Zeitung“ diese Berichtigung des bezeichneten Artikels in derselben Schrift, in welcher der Abdruck des genannten Artikels erfolgt ist, aufzunehmen:

1. Es ist falsch, daß der § 131 a der Gewerbeordnung verlangt, daß auch ein durch den Gesellenausschuß zum Prüfungsausschuß bestellter Gesellenvertreter bei der Abnahme der praktischen Gesellenprüfung anwesend sein muß. — Richtig ist vielmehr, daß § 131 a der Gewerbeordnung nur folgendes bestimmt:

> Die Prüfungsausschüsse bestehen aus einem Vorsitzenden und mindestens zwei Beisitzern.
>
> Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses wird von der Handwerkskammer bestellt. Von den Beisitzern wird bei dem Prüfungsausschuß einer Innung die Hälfte durch diese, die andre Hälfte aus der Zahl der Gesellen, welche eine Gesellenprüfung bestanden haben, durch den Gesellenausschuß bestellt. Bei den von der Handwerkskammer errichteten Prüfungsausschüssen werden auch die Beisitzer von der Handwerkskammer bestellt; die Hälfte der Beisitzer muß aus Gesellen bestehen.
>
> Die Bestellung der Mitglieder der Prüfungsausschüsse erfolgt in der Regel auf drei Jahre.
>
> Während der ersten sechs Jahre nach dem Inkrafttreten dieser Bestimmungen können auch Gesellen (Gehilfen), welche die Gesellenprüfung nicht abgelegt haben, gewählt werden, wenn sie eine Lehrzeit von mindestens zwei Jahren zurückgelegt haben.

Richtig ist weiter nur, daß auch kein andrer Paragraph der Gewerbeordnung und keine Bestimmung der Gesellenprüfungsordnung für das Bäckerhandwerk, welche auf Grund des § 131 b Absatz 2 der Gewerbeordnung für den Bezirk der Handwerkskammer Berlin im Einvernehmen mit dieser von dem Herrn Oberpräsidenten unterm 6. April 1901 (O. P. 6518/01) erlassen worden ist, vorschreibt, daß der praktischen Prüfung auch ein Gesellenbeisitzer beiwohnen muß.

2. Unrichtig ist auch die Darstellung des Artikels, daß nur die §§ 131 und 131 a der Gewerbeordnung die Vorschriften für die Prüfungsausschüsse enthalten. — Richtig ist dagegen, daß das Gesellenprüfungswesen einerseits durch die Gewerbeordnung (§§ 81 b, 95, 103 e, 129 Absatz 2, 131, 131 a, 131 b, 131 c, 132, 132 a) und anderseits gemäß § 103 m Ziffer 11 der Gewerbeordnung durch das Statut der Handwerkskammer (§§ 50 bis einschließlich 56) geregelt wird.

3. Unwahr ist, daß, wie im drittletzten Absatz des Artikels angeführt wird, der Entscheidung der Handwerkskammer zu Berlin vom 25. Oktober 1909 (J.-Nr. 5132/09 I) die Bäckerinnung „Konkordia" und der Entscheid vom 2. November 1909 (J.-Nr. 4834/09 I) die Bäckerinnung „Germania" betraf. — Wahr dagegen ist, daß der letztere Bescheid vom 2. November 1909 an den Gesellenausschuß der Bäckerinnung „Konkordia" — also nicht Bäckerinnung „Germania" — gerichtet war. Dies stellt auch der im Artikel selbst auf der ersten Seite der Beilage erfolgte Abdruck des Bescheides fest. — Weiter ist dagegen wahr, daß der Entscheid vom 25. Oktober 1909 an den beschwerdeführenden Gesellenausschuß der **Dach-, Schiefer- und Ziegeldeckerinnung** zu Berlin (Herren Carl Winskowski und Alfred Herzog zu Berlin) — also nicht Bäckerinnung „Konkordia" — ergangen war.

4. Unrichtig sind auch die Schlußbemerkungen des Artikels und die Behauptung, daß die Bäckerinnung „Germania" die Abnahme der praktischen Gesellenprüfung ungesetzlich betrieben habe und noch betreibe. — Richtig ist vielmehr, daß der Gesellenprüfungsausschuß der Bäckerinnung „Germania" die Abnahme der Prüfungen unter Beachtung der dafür geltenden gesetzlichen und sonstigen Vorschriften vollzieht.

5. Unwahr ist auch die versteckte Unterstellung, daß der unterzeichnete Vorsitzende, frühere Obermeister und jetzige Ehren-Obermeister der Bäckerinnung „Germania", bei dieser die ungesetzliche Handhabung der praktischen Prüfung, welche in der Nichtzuziehung eines Gesellenbeisitzers gegeben sei, gegen den Protest des damaligen Gesellenausschusses im Jahre **1898** erst eingeführt habe. — Wahr ist vielmehr, daß die §§ 129 bis 132 der Gewerbeordnung, welche u. a. auch das Gesellenprüfungswesen gesetzlich regeln, gemäß Kaiserlicher Verordnung vom 12. März 1900 erst am 1. April **1901** in Kraft getreten sind, und die Gesellenprüfungsordnung für das Bäckerhandwerk im Bezirke der Handwerkskammer zu Berlin, wie schon erwähnt, erst am 6. April **1901** vom Herrn Oberpräsidenten zu Potsdam erlassen worden ist.

Der Vorstand:

Bernard, Vorsitzender. Dr. Fischer, stellvertr. Syndikus.

Wir wollen zu dieser Berichtigung heute nur bemerken, daß ihre Verfasser sich durch den Bescheid der Handwerkskammer an die Dachdeckerinnung vom 25. Oktober selber schlagen und bringen deshalb diesen Bescheid auch gleich noch einmal zum Abdruck:

Handwerkskammer
zu Berlin.

Berlin C, den 25. Oktober 1909.
Neue Friedrichstr. 47, 1. Et.

J.-Nr. 5132/09.

Ihre Beschwerde vom 1. d. M. wegen der Nichthinzuziehung der Gesellenbeisitzer des Innungs-Prüfungsausschusses zu dem praktischen Teil der Gesellenprüfung sehen wir **als berechtigt** an. Wir haben hiervon dem Innungsvorstand Kenntnis mit dem Ersuchen gegeben, in Zukunft hiernach zu verfahren und **auch zu dem praktischen Teil der Prüfung mindestens einen Gesellenbeisitzer heranzuziehen.**

Dem weitergehenden Antrage, die schon vorgenommene Prüfung für ungültig zu erklären, kann nicht stattgegeben werden.

Herrn Herzog wollen Sie von diesem Bescheide Mitteilung machen.

Der Vorstand.

gez. Bernard, Vorsitzender. gez. Dr. Fischer, in Vertretung des Syndikus.

An
Herrn Carl Winskowski
Berlin.

Berichte aus den Zahlstellen.

(Die Schriftführer werden ersucht, das Papier stets nur auf einer Seite zu beschreiben und die Berichte innerhalb acht Tagen nach den Versammlungen einzusenden.)

Blankenburg a. H. Eine gut besuchte Versammlung (es waren fast alle Kollegen des Ortes anwesend) fand am 19. November statt. Kollege Mache behandelte das Thema: „Die technische und soziale Entwicklung im Bäckergewerbe und die Lage der Gesellen." In leicht verständlicher Weise behandelte der Referent das interessante und wichtige Thema, den Kollegen ihre äußerst traurige Lage vor Augen führend, die nicht Schritt gehalten habe mit der technischen Entwicklung in unserm Gewerbe. Er forderte die Anwesenden auf, mitzuarbeiten an der Verbesserung der Verhältnisse. Nun setzte eine äußerst lebhafte Diskussion ein, an der sich auch ein Bäckermeister rege beteiligte. Derselbe schimpfte zunächst recht weidlich auf einige Bäckermeister, die zu sehr schleudern sollen; es war ergötzlich, diese Kanonade eines aus dem Häuschen geratenen Meisters gegen seine eignen Kollegen anzuhören. Weiter meinte er, daß es ein Skandal wäre, daß der Bäcker immer noch sieben Tage arbeiten müsse. Aber dann wütete er mit einem Male tüchtig gegen den ††† Verband los. Ein junger Kollege erzählte allerlei von den verlumpten und heruntergekommenen Verbandsbrüdern; andre aber sahen ein, daß es notwendig sei, sich im Verband zusammenzuschließen, wenn es besser werden soll. In seinem Schlußwort war es dem Kollegen Mache ein leichtes, den Bäckermeister und den jungen Kollegen gehörig abzuführen. Auch diese Versammlung hat uns Früchte getragen und neue Kämpfer gebracht. Es geht auch hier vorwärts, trotz alledem. Blankenburger Kollegen! Hinein in den Verband! Euch zum Schutz, den Gegnern zum Trutz.

Cöln. Am 17. November fand hier eine öffentliche Versammlung statt mit der Tagesordnung: „Was lehrt uns der vom christlichen Verband geführte Streik und Boykott in der Brotfabrik „Hansa" und was haben die Cölner Bäckergesellen zu tun, um ernstlich mit den Mißständen in den hiesigen Bäckereien aufzuräumen?" Trotzdem der christliche Verband zu gleicher Zeit eine öffentliche Versammlung einberufen hatte, waren über hundert Kollegen der Einladung gefolgt. An Hand reichhaltigen Materials schilderte der Referent die geradezu erbärmlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Cölner Bäckereien, die hier herrschenden schauderhaften Zustände im Kost- und Logiswesen und verurteilte aufs schärfste das rigorose Vorgehen des Krankenkassenrendanten und Stellenvermittlers der Innung gegenüber kranken und arbeitslosen Kollegen. Redner verglich die Verhältnisse andrer Städte mit Cöln und zeigte, wie es dort den Kollegen durch Einigkeit und Anschluß an eine einheitliche und starke Organisation möglich geworden sei, mit solchen Zuständen, wie sie in Cöln noch gang und gäbe sind, aufzuräumen. Was in andern Städten möglich gewesen, sei auch in Cöln durchführbar. Notwendig sei aber, daß die Kollegen sich auf sich selbst besinnen, allen Bruderzwist beiseite lassen und sich der Organisation, dem Verband der Bäcker und Konditoren, anschließen. Das sei die einzige Organisation, die wirklich die wirtschaftlichen Interessen der Kollegen vertrete. Die Kollegen mögen sich ein Beispiel nehmen an unsern Arbeitgebern. Diese kennen keine christliche Organisation, sondern vereinigen sich in Arbeitgeberverbänden, ganz gleich, welcher religiösen Gemeinschaft der einzelne angehört. Nur bei den Arbeitern werde von Verrätern der Arbeiterinteressen die Religion mit in den wirtschaftlichen Kampf gezogen und dadurch Zersplitterung in die Organisation gebracht, was zur Folge habe, daß die Arbeiter den Unternehmerorganisationen machtlos gegenüberständen. Das zeitige dann Zustände, wie wir sie in unserm Berufe in Cöln noch zu verzeichnen hätten. Der christliche Nahrungsmittelverband, der ja auch heute wieder sein Unwesen treibe, habe bis jetzt auch noch nicht eine einzige Lohnbewegung selbständig mit Erfolg durchgeführt. Mit seinem geringen Mitgliederbestande wäre er auch gar nicht imstande dazu. Der Streik in der Brotfabrik „Hansa", der von diesem Verband geführt wurde, müsse den Cölner Bäckergesellen endlich einmal die Augen öffnen und ihnen zeigen, wohin der Kurs dieser Arbeiterzersplitterer führe. Die Arrangierung der heutigen christlichen Versammlung und die an uns ergangene Einladung zu derselben sollte lediglich dem Zweck dienen, die Augen der Cölner Bäckergesellen von dem arbeiterverräterischen Treiben dieser Arbeiterzersplitterer abzulenken. Der gute Besuch der heutigen Versammlung zeige aber, daß die Cölner Bäckergesellen endlich einsehen, daß es gegen die krasse Ausbeutung der Cölner Bäckereibesitzer nur ein Mittel gebe, das sei der Anschluß an den Verband der Bäcker und Konditoren Deutschlands. Die folgenden Diskussionsredner schlossen sich den Ausführungen des Referenten an und brachten noch mehrere Mißstände, besonders über die Stellenvermittlung und Lehrlingsausbeutung vor. Mehrere Kollegen schlossen sich der Organisation an. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Bäcker- und Konditorenversammlung von Cöln erkennt den Deutschen Bäcker- und Konditorenverband als die einzig richtige Organisation zur Vertretung ihrer Interessen an; sie erklärt, daß die geringen Verbesserungen im Cölner Bäckergewerbe allein auf das Wirken dieses Verbandes zu schreiben sind. In dem sogenannten christlichen Verband der Nahrungs- und Genußmittelindustrie erkennt die Versammlung ein Mittel, die Einigkeit der Berufskollegen zugunsten der Arbeitgeber zu hintertreiben; wenigstens hat er bisher nur auf diesem Gebiete, nicht aber in der Verbesserung der Lage der Berufsangehörigen etwas geleistet. Dieser Verband ist auch absolut nicht in der Lage, Lohnbewegungen zu führen, da er weder die nötigen finanziellen Mittel noch eine nennenswerte Mitgliederzahl besitzt. Die Versammlung konstatiert auch, daß der christliche Nahrungs- und Genußmittelverband trotz seines neunjährigen Bestehens und trotzdem der Vorstand statutarisch hierzu verpflichtet gewesen wäre, noch keine Kassenabrechnung gegeben hat und schon aus diesem Grunde allein das Mißtrauen aller Berufskollegen erwecken muß."

Essen a. d. R. Am 14. November tagte in der „Bürgerhalle" eine von zirka 70 Personen besuchte Mitgliederversammlung. Kollege Kollmaier referierte zum ersten Punkt der Tagesordnung über die Praktiken der Innungsarbeitsnachweise zur Maßregelung und Schikanierung der arbeitsuchenden Gesellen. Referent führte unter anderm auch aus, daß die Dortmunder Innung ihren Arbeitsnachweis dem städtischen Arbeitsnachweis angegliedert hätte. Anstatt nun aber die Arbeit auch direkt durch den städtischen Arbeitsnachweis zu vermitteln, steht der dortige Verkehrswirt mit dem Beamten in ständiger telephonischer Verbindung und fragt an, ob Stellen frei wären; hier wird ihm dann bereitwilligst Auskunft gegeben. So vermittelt dann der Wirt an diejenigen Kollegen, die am meisten dort verzehrt oder die größte Latte bei ihm haben. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Die Versammlung versprach in der Diskussion, wenn Unregelmäßigkeiten im Innungsarbeitsnachweis vorkämen, sofort den Vorstand zu benachrichtigen. Zu Punkt 2 gab Kollege Funk den Quartalskassenbericht. Er führte unter anderm aus, daß wir trotz der Wirtschaftskrise, die auch in unserm Beruf eingesetzt habe, weiter vorwärts gekommen seien. Es wurden 28 Aufnahmen im Quartal gemacht und es verbleibt ein Kassenbestand von ℳ 572,30. Bei dem letzten Vergnügen wurden ℳ 36,80 Ueberschuß erzielt, welcher den Streikenden in Schweden überwiesen wurde. Unter Punkt 4 wurde der Antrag des Vorstandes, daß jeder, der beim Hasardspiel betroffen werde, den Ausschluß aus der Organisation zu gewärtigen habe, gegen eine Stimme angenommen. Unter „Verschiedenes" wurde den Mitgliedern der Ankauf des Buches „Geschichte der deutschen Bäcker- und Konditorenbewegung" nahegelegt. Zahlreiche Aufträge wurden dafür gegeben. Des weiteren wurde noch mitgeteilt, daß jetzt jeden Samstag abend ein Diskutierklub stattfindet. Der Vorsitzende Kalmischke schloß mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Bäcker- und Konditorenverband und nachdem er die Mitglieder noch ermahnt, in der Agitation nicht zu erlahmen, die Versammlung.

Frankfurt a. M. In einer leider nur mäßig besuchten Bäckerversammlung am 11. November sprach Genosse Möller vom Metallarbeiterverband über den Generalstreik in Schweden und seine Lehren. In fünfviertelstündiger, glänzender Rede schilderte Redner die Entstehungsursachen, den bisherigen Gang des Riesenkampfes, die einseitige Stellungnahme der Regierung sowie der gesamten Kapitalistenclique. Unberechenbarer Schaden ist dem Lande verursacht, die Verantwortung trägt das Unternehmertum und die Regierung, die erst durch die Frontänderung der Arbeiterschaft zur Vermittlung gedrängt wurde. Der Zweck der Scharfmacher, die Arbeiterorganisationen zu zertrümmern, ist abgeschlagen. Die Energie und das Solidaritätsempfinden der Arbeiterschaft waren bewundernswert. Redner besprach noch den Boykott und das neueste Kampfmittel — die Entziehung der Arbeitermassen dem Lande — und schloß mit der Mahnung, die richtige Lehre aus diesem Kampfe zu ziehen und fortgesetzt die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zu stärken. Einige Kollegen schlossen sich der Organisation an. Eine Sammlung für die Schweden zeitigte gutes Resultat. — Bäckermeister Wenz, Waldschmidtstraße 78, benutzt die große Arbeitslosigkeit, um seinen Profit doppelt zu erhöhen; anstatt der tarifmäßigen Entlohnung speist er den Gehilfen mit einem Wochenlohn von ℳ 16 ab, dazu Arbeitszeit täglich 11 bis 16 Stunden — selbst Sonntags 13 Stunden. Die Polizei ist gegen die Uebertretung der gesetzlichen Arbeitszeit und die Sonntagsruhebestimmungen noch nicht eingeschritten. Wo eine Anzeige erfolgt, erhält in hundert Fällen der Herr Bäckermeister eine Prämie — pardon, Strafe von ℳ 5. Mögen sich auch die Konsumenten ihre Lieferanten näher betrachten.

Gera i. R. j. L. Anläßlich der Silberhochzeit der „durchlauchtigsten Erbherrschaften" zu Reuß j. L. flog auch dem hiesigen Bäckerobermeister ein Vogel ins Knopfloch; hoffentlich nimmt der also Dekorierte dies als einen Ansporn, sich auch mit den allgemeinen Verhältnissen der Gehilfenschaft noch etwas näher zu befassen als bisher, um so mehr, da die Herren Bäckermeister es sehr gut verstehen, ihre eignen Interessen zu wahren. Kürzlich teilten sie der Oeffentlichkeit in einer Bekanntmachung mit:

> Die unterzeichnete Vereinigung gibt hierdurch der geehrten Einwohnerschaft, namentlich den werten Hausfrauen, bekannt, daß sie durch die in den letzten Jahren erfolgte Erhöhung aller Betriebsspesen gezwungen ist, von heute, den 15. November, ab, die Preise für die Backgelder zu erhöhen. Preisverzeichnisse hängen in jeder Bäckerei aus.
>
> Vereinigung gewerbetreibender Bäcker
> von Gera und Umgegend.

So sehr wir jedem eine Verbesserung seiner Verhältnisse gönnen, so mutet es doch sonderlich an, daß alle Betriebsspesen erhöht sein sollen. Wenn die Herren hätten ehrlich sein wollen, so hätten sie die Löhne ausnehmen müssen. Denn man hat im Gegenteil dieselben noch bei jeder Gelegenheit reduziert. Innerhalb kurzer Zeit wurden wieder mehrere Gehilfen gewechselt, und wie wir feststellen konnten, wegen ganz geringfügiger Anlässe, nur um den Nachfolgern den Lohn kürzen zu können. So halten unsre Ritter vom Backtrog einen Beutezug auf die Taschen der Gehilfen und extra einen auf diejenigen der Kundschaft ab. Die Aufmerksamkeit des Publikums möchte man allerdings gern von der Innung als solcher ablenken und hat deshalb die obige Unterschrift unter die Bekanntmachung gesetzt.

Auf unsre Eingabe, betreffend die freien Tage, hat die Behörde es noch nicht für notwendig befunden, zu antworten. Der Gemeinderat zu Gera hatte, da man gewissermaßen polizeiliche Hilfe zur Durchführung der drei freien Nächte verlangte, auf die Selbsthilfe verwiesen. Aber da zeigte sich bald die schwache Seite der löblichen Innung. Der Verein „Brüderschaft", unter Leitung des Meistersohnes H. Syfert-Debschwitz, kroch wieder an die Innung heran um Freigabe des vierten Feiertages zwecks Abhaltung eines Vergnügens, und da hat die Innung ja gesagt; somit bleibt es denn beim alten. Es ist beschämend für die Geraer Gesellen, speziell für die älteren, daß sie nicht mehr so viel Rückgrat haben, durch Organisation zu fordern, was man haben will, sondern daß sie sich aufs Betteln legen, wo sie doch jeden Tag sehen, wie die Herren Meister die Löhne kürzen, die Preise erhöhen, fürs Publikum schwarze Lister führen — kurzum, sich auf alle Arten Vorteile verschaffen. Jetzt ist man auch dabei, den Rabatt zu beseitigen. Die Gesellen schuften aber trotzdem, was das Zeug hält, um möglichst zu Weihnachten ein kleines Geschenk zu erhalten.

Kollegen, seht Ihr nicht ein, daß alles bereits aus Euren Knochen herausgezogen ist, was man Euch vorenthält? Jeder Mensch, vom höchsten Staatsbeamten herab bis zum Straßenkehrer, fordert heute Teurungszulagen, und es müssen ihnen Gehaltserhöhungen gewährt werden, und Ihr laßt Euch so ohne weiteres alles kürzen. Ueberlegt Euch reiflich, wohin der Weg geht. Wer keinen großen Geldsack mit auf die Welt brachte, der lasse die Kollegen im Verein „Brüderschaft" allein und schließe sich dem Verbande an, wo ihm jeder Beitrag zehnfachen Gewinn bringt. Nur eine kurze Spanne Zeit würde es dann dauern, und wir könnten den Meistern die Rechnung schicken! Solange man sich aber aufs Betteln legt, solange schneidet man ruhig aus der Haut der Gehilfen Riemen. Deshalb komme jeder am 5. Dezember, nachmittags 3½ Uhr, in unsre Versammlung im „Hainberg". Wir wollen dort jedem unsre Ziele näher vor Augen führen und über den Wert der Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung sprechen. Denke jeder an seine Zukunft. Beschämend ist es, wie so viele unsrer besten Kollegen später andre Berufe ergreifen, in die Fabriktore flüchten und dann erst einsehen lernen, daß die Organisation eine Notwendigkeit war. Gerade an Euch, Ihr älteren Kollegen, liegt es aber. Ihr habt es jetzt noch in der Hand. Ueberlegt Euch nochmals reiflich, was wir vor kurzem Euch angeboten haben. Syfert, der Meistersohn, hat erklärt: wir bleiben für uns. Führt er schon über Euch die Vormundschaft? Dessen Zukunft ist ja allerdings rosiger als die Eure. Er wird Euch später noch gebrauchen, um Euch ausbeuten zu können. Zeigt solchen Herren jedoch endlich, daß Ihr mündig seid. Denkt auch daran, daß Euch seitens der gelben Bundesleitung etwas von einer zweiundzwanzigstündigen Sonntagsruhe vorgeschwindelt wurde. Der Obermeister hat rund heraus erklärt, daß es so etwas nicht gibt. Da ist also nicht zu hoffen, daß es ohne Organisation besser werde. Und wenn Oehler auch erklärte, daß er nichts gegen die Organisation habe, so könnt Ihr lange warten, ehe er Euch auffordert, in den Verband zu gehen. Das ist Eure eigne Sache und

Pflicht. Die Willkür der Unternehmer wird erst dort ihre Grenze finden, wo sie von der Organisation gezogen wird. Deshalb sei endlich die Parole für alle: Hinein in den Deutschen Bäcker- und Konditorenverband! Und alle zur Versammlung am 5. Dezember erscheinen!

Hannover. Am 7. November fand hier eine gemeinsame gut besuchte Versammlung beider Sektionen statt. Kollege Krull, Hamburg, schilderte in klaren Worten die schlechte Lage der Arbeiter und deren grenzenlose Ausbeutung durch die Klasse der Besitzenden. Weiter erläuterte er die Bedeutung der Tarife und streifte den Kost- und Logiszwang, die neuen Steuern, die Verteuerung der Lebensmittel und unsre überlange Arbeitszeit. Er forderte die Kollegen auf, an dem Ausbau unsres Verbandes kräftig mitzuwirken. Das gleiche tat in der Diskussion der Gauleiter Liescher, besonders auf die Hausagitation hinweisend, welche bei reger Mitarbeit Erfolge bringen müsse.

Königshütte. Am 17. November fand hier eine öffentliche Bäckerversammlung statt, die sich mit der vor kurzem hier gegründeten Brüderschaft befaßte. Winzer-Breslau führte den Anwesenden vor Augen, von wem und weshalb sie gegründet sei. Einigen Bäckermeistern, darunter Herr Gärtner, sei unser Verband unbequem geworden und glaubte man diesen Schmerz durch die Brüderschaft zu lindern. Wenn diese nur zu Geselligkeitszwecken gegründet wäre, würden wir uns weniger darum kümmern; aber die Namen der Gründer bürgen dafür, daß man es mit einer gelben Mißgeburt zu tun hat. Bei der Taufe des Vereinchens haben einige gelbe Helden aus Kattowitz Pate gestanden. Winzer schilderte sodann die Schandtaten der Gelben unter besonderer Berücksichtigung der Kattowitzer, an deren Spitze ein Herr Münzer stehe, unter dessen Augen die größten Schmutzereien geschehen, die auch schon in unsrer Fachzeitung geschildert worden wären. Genau so sehe es mit den Harmonieaposteln in der Großbäckerei von Martike aus, welche stets überarbeiten. Ehe die gelben Leute nach auswärts gingen, um die Luft zu verpesten, sollten sie lieber die Mißstände in den Betrieben ordnen. Den Kollegen von Königshütte sei dringend zu raten, sich von solchen Leuten nicht zu Streikbrechern erziehen zu lassen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen seien hier gerade traurig genug und könnten nicht durch einen von Meistergeld gegründeten Streikbrecherverein verbessert werden. Winzer erläuterte weiter kurz die Bestrebungen und Errungenschaften des Bäcker- und Konditorenverbandes. Da man sich aus Kattowitz einige gelbe Leuchten verschrieben hatte, gestaltete sich die Diskussion sehr lebhaft. Zunächst bestritt der Vorsitzende der Königshütter Brüderschaft, daß die Meister mit der Gründung etwas zu tun hätten. Die Kollegen Beutke und Winzer waren aber in der Lage, den Beweis dafür erbringen zu können. Meister Gärtner habe sogar bei der Gründung einen Geldbetrag gespendet. Sodann versuchte der Casseler Bundestagsdelegierte, Gadatsch, seine von Winzer angegriffenen Bundesbrüder zu verteidigen. Ohne Verleumdungen scheinen diese Leute nicht auskommen zu können. Als er durch einen Zwischenruf veranlaßt wurde, Beweise für verschiedene Behauptungen zu erbringen, schwieg dieser tapfere Kämpfer. Dem Kollegen Ziegon glaubte er zum Schlusse noch etwas anhängen zu können. Hierauf sprach ein Herr Reimund, ein Antreiber bei der Firma Martike. Selbstverständlich lobte er seinen Herrn; er hat ja auch alle Ursache, zufrieden zu sein, denn er verdient das Geld und die Gesellen machen die meiste Arbeit. Nachdem er ausgeredet, sagten, wie auf Kommando, alle Martike-Gesellen ihr Sprüchlein zugunsten Martikes, her. Es war Winzer ein leichtes, diese Phrasen zu widerlegen. Durch Zahlen bewies er, wie sich auf der einen Seite durch die Macht des Geldes die Großbetriebe entwickeln und auf der andern Seite unser Beruf durch übermäßige Lehrlingszüchterei überfüllt wird. Winzer stellte fest, daß mit der Phrase vom Meisterwerden nur Gimpelfang getrieben werde, denn in den Reihen der Gelben seien auch viele verkrachte Meister und ältere Kollegen. Warum bleiben resp. werden diese denn nicht Meister, wenn es so leicht ist, selbständig zu werden? Selbst Gadatsch sei alt genug, um Meister zu werden. Nach der Versammlung erklärten mehrere Mitglieder der Königshütter Brüderschaft, sie würden sich den Gelben nicht anschließen, sondern gemeinsam mit unserm Verbande die Verhältnisse verbessern. An die einsichtigen Kollegen von Königshütte richten wir nochmals die Mahnung, sich unserm Verbande anzuschließen, nur dann werden wir uns hier ein menschenwürdiges Dasein erkämpfen. Die Verbandskollegen treffen sich jeden Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, bei Gaida, Richterstraße 3.

München. Am 10. November fand eine gut besuchte Versammlung der Konditoren in Bäckereien statt. Dieselbe beschäftigte sich mit der Lohnbewegung und Beschlußfassung über den einzureichenden Tarif. Der Vorsitzende gab einen kurzen Rückblick seit der Frühjahrsbewegung und den Vorarbeiten, welche die Sektionsleitung den Sommer über gemacht hat, bekannt. Sodann wurde die Tarifvorlage durchgenommen, welche einstimmig zur Annahme kam; auch die Hauptverwaltung hat ihre Zustimmung gegeben. Es wurde dann eine Verhandlungskommission gewählt, welcher die Kollegen Holzapfel, Heinlein und Gabler angehören. Diermeier macht nochmals die Kollegen auf ihre Pflichten während der jetzigen Bewegung aufmerksam. Die Erhebung eines Extrabeitrages von 50 ₰ pro Mitglied, zur Weihnachtsunterstützung für Arbeitslose, wurde gleichfalls einstimmig angenommen. Verschiedene Anfragen fanden ihre Erledigung. Drei Kollegen ließen sich aufnehmen. In der vorletzten Versammlung, in welcher Lankes referiert hatte und die sehr gut besucht war, machten wir acht Aufnahmen. Die Kollegen haben also jetzt endlich den Nutzen der Organisation begriffen, wie es die letzten Fortschritte in München zeigen; sie sollten aber auch fortan den Versammlungsbesuch so respektieren, wie es augenblicklich der Fall ist.

Solingen. Bericht über die Gesellenausschußwahl. Am 15. November fanden hier die Wahlen zum Gesellenausschuß und zur Innungskrankenkasse statt. Um was es den Meistern bei den Wahlen zu tun war, zeigte so recht, daß man ohne die gesetzliche Vertretung der Gesellen, den Gesellenausschuß, etwas wissen zu lassen, sich mit dem gelben Verein verständigte und die Wahlen einfach festsetzte. Die Gelben wußten schon über einen Monat früher, wann dieselben stattfinden; dem Gesellenausschuß wurden die Wahlen erst zwei Tage vorher in der Zeitung bekannt gegeben. Man hatte es also darauf abgesehen, die Verbandskollegen zu überrumpeln, um einen Gesellenausschuß gelber Couleur zu bekommen. Aber die Meister samt ihren gelben Lieblingen hatten sich trotzdem gewaltig in die Finger geschnitten; denn das Resultat der Wahl war, daß sämtliche Sitze in der Krankenkasse wie im Gesellenausschuß von uns besetzt wurden. Dies zeigt so recht, daß die Mehrzahl der Solinger Kollegen eingesehen hat, auf welcher Seite ihre Interessen richtig vertreten werden. Ob die Solinger Bäckerinnung nun den Gesellenausschuß zu den Versammlungen einladen wird, wozu sie gesetzlich verpflichtet ist? Sie wird sich hoffentlich in Zukunft etwas besser davor bewahren, daß es der Altgeselle als Schande bezeichnen kann, überhaupt nicht eingeladen zu werden. Ein Lob mag es den christlich organisierten Kollegen sein, daß sie alle für unsre Kandidaten stimmten, trotzdem sie von den Gelben mit Bittschriften überhäuft wurden, ihre Stimme für sie abzugeben. Der Gesellenausschuß wird in seiner heutigen Zusammensetzung alles daran setzen, um den Gesellen in Solingen zu ihren lang entbehrten Rechten zu verhelfen. Wenn er jedoch die Interessen der Gesellen voll und ganz vertreten soll, so müssen die Kollegen auch die Versammlungen der Organisation fleißig besuchen, um über alle Vorgänge in der Zahlstelle unterrichtet zu sein. Dann wird mancher uns heute noch fernstehende Kollege einsehen, wo er hingehört, nämlich in den Zentralverband der Bäcker und Konditoren.

Thale a. H. Am 17. November fand hier trotz heftigem Schneesturm eine verhältnismäßig gut besuchte Versammlung statt. Kollege Mache sprach über: „Was wird uns das Jahr 1910 bringen?" An der Hand eines reichhaltigen Materials konnte der Referent nachweisen, daß in allen Orten, wo die Organisation gar nicht oder nur sehr schwach vorhanden ist, in den verflossenen Krisenjahren es nicht nur so schlecht geblieben, sondern zu einem erheblichen Teil sich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse noch verschlechtert haben. Des weiteren besprach derselbe eingehend, wie es bisher in so erfreulichem Maße möglich gewesen sei, für so viele Tausende unsrer Kollegen das Sklavenjoch, das noch heute auf uns ruht, zu brechen und auch die Bäckergesellen zu freien Menschen zu machen. An diese Ausführungen knüpfte sich eine rege Diskussion. Alle Kollegen erklärten sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und versprachen, alles einzusetzen, um auch hier im Harz für eine Verbesserung unsrer Verhältnisse zu sorgen. Fünf neue Kämpfer wurden gewonnen.

Allgemeine Rundschau.

Rückgang der Gelben. Trotz der tätigen Mithilfe der Unternehmer will es mit der gelben Bewegung nicht mehr vorwärts gehen, vielmehr deuten alle Anzeichen darauf hin, daß die in die gelben Vereine gepreßten Arbeiter das verwerfliche Spiel durchschaut haben, das die Unternehmer und ihre Handlanger mit ihnen treiben. So ist in Augsburg, dem Sitz der gelben Bewegung, die Auflage des von den Fabrikanten bezahlten gelben Organs „Die Wehr" von 10 000 auf 6000 Exemplare zurückgegangen. Auch sonst weist gar manches auf einen Umschwung in der Stimmung der Augsburger Gelben hin. In der Hochburg der Gelben, der Maschinenfabrik Augsburg, wurden heuer zu der alljährlich stattfindenden Weihnachtsfeier mit Kinderbescherung durch den gelben Verein, trotz persönlicher Umfrage bei den gelben Mitgliedern durch die Vorgesetzten, 1500 Kinder weniger angemeldet als im Vorjahre. Die gelben Arbeiter haben eben die Wohltaten der gelben Vereine am eignen Leibe erfahren können.

Die Oeffentliche Bibliothek und Lesehalle Berlin berichtet über das zehnte Betriebsjahr (25. Oktober 1908 bis 24. Oktober 1909). Bei der Bedeutung, die dieser privaten Schöpfung unsres Parteigenossen Hugo Heimann zukommt, wird der Bericht über die Grenzen Berlins hinaus Interesse erregen. Er lautet:

Die Oeffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, die im vergangenen Jahre in das eigne Heim, SO, Adalbertstr. 41, übergesiedelt ist, hat in diesen Tagen das erste Jahrzehnt ihrer Wirksamkeit abgeschlossen. Nach einem solchen Zeitraum ist es wohl angebracht, einen kurzen Rückblick auf den Entwicklungsgang des Instituts zu werfen und seine Tätigkeit durch einige statistische Zahlen zu beleuchten.

Die Oeffentliche Bibliothek und Lesehalle ist von dem Berliner Stadtverordneten Hugo Heimann in der Absicht errichtet worden, der unbemittelten Bevölkerung, insbesondere den gewerblichen Arbeitern Berlins, neben den städtischen Volksbibliotheken eine leicht zugängliche Bildungsstätte zu bieten. Dieses Ziel ist erreicht worden. Die vorbildlichen Einrichtungen, der große und gewählte Bücherbestand, die reiche Auswahl von Zeitungen und Zeitschriften aller Parteien und Richtungen, die bequemen Besuchszeiten sowie die behagliche Ausstattung aller Räume haben das Institut in allen Kreisen der Berliner Bevölkerung beliebt gemacht, führen ihm täglich neue Leser zu und erhalten ihm die Gunst des Publikums. Trotz der Verlegung in einen andern Stadtteil ist daher auch im zehnten Betriebsjahre eine erfreuliche Entwicklung der gemeinnützigen Anstalt festzustellen.

In der Ausleih-Bibliothek wurden im zehnten Betriebsjahre im ganzen 75 055 Bände nach Hause verliehen, von denen 15 Bände in Verlust gerieten. Von dieser Gesamtziffer entfallen 49 980 Bände auf schöne und 25 075 Bände auf belehrende Literatur. An letzterer Zahl sind die einzelnen Wissenszweige in folgender Weise beteiligt: Geschichte und Lebensbeschreibungen 4834, Geographie 3367, Naturwissenschaften 5404, Rechts- und Staatswissenschaften, Volkswirtschaft 3111, Gewerbekunde, Technik 3063, Philosophie, Religion, Pädagogik, Sport 2715, Kunst, Musik, Literaturgeschichte usw. 2581 Bände. Die verlangten wissenschaftlichen Bücher machten im Berichtsjahre 33 pZt. aller Entlehnungen aus. Im ganzen sind im zehnten Jahre 88 787 Bände in und außer dem Hause entlehnt worden, in den zehn Betriebsjahren zusammen 710 241 Bände.

Der Leserkreis der Ausleih-Bibliothek dehnt sich durch alle Stadtteile bis in die Vororte hinein aus. Die verschiedenen Berufe sind wie folgt vertreten: gewerbliche Arbeiter 52 pZt., Handlungsgehilfen und weibliche Handelsangestellte 23 pZt., selbständige Kaufleute und Handwerker 2 pZt., Aerzte und Juristen 2 pZt., Staats- und Privatbeamte 5 pZt., Lehrer und Lehrerinnen 3 pZt., Studenten 2 pZt., Seminaristen und Schüler 4 pZt. und Personen ohne Beruf 7 pZt.

Die Lesehalle wurde im zehnten Betriebsjahre von 62 849 Personen, und zwar 60 589 Männern und 2260 Frauen, in den zehn Jahren zusammen von 621 904 Personen besucht. Die Zahl der hier ausliegenden periodischen Schriften hat wiederum eine Vermehrung erfahren und beträgt jetzt 541 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung. Die im Arbeitszimmer der Lesehalle aufgestellte 1736 Bände zählende Nachschlage-Bibliothek wurde von den Besuchern in umfassender Weise zu Rate gezogen.

Die Gesamtzahl der Besucher, die im zehnten Betriebsjahre Bibliothek und Lesehalle benutzten, belief sich auf 137 904 Personen. Seit der Eröffnung vor zehn Jahren haben insgesamt 1 200 210 Personen das Institut aufgesucht.

Das Institut ist werktäglich von 5½ bis 10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9 bis 1 und von 3 bis 6 Uhr geöffnet.

Polizei und Gerichte.

Uebertretung der Arbeiterschutzgesetze. In Herford stand der Bäckermeister H. Schröder, Mindenerstraße, wegen fortgesetzter Uebertretung der Arbeiterschutzgesetze vor Gericht, wurde aber nur zu M 3 Geldstrafe oder einen Tag Haft verurteilt. Im Betriebe Schröders beginnt die Arbeit nachts um 3 Uhr und endet abends 8 oder 9 Uhr. Aus diesem Grunde sind die Gehilfen meist nicht länger als 14 Tage dort.

Eine interessante Verhandlung spielte sich dieser Tage vor dem Amtsgericht in Eltville a. Rh. gegen den Bäckergehilfen Weidmann aus Neudorf wegen Körperverletzung und Diebstahls ab. Weidmann hatte eines Tages seinen Nebenkollegen Bibo aus Neudorf, in der dortigen Brotfabrik Ermert, wo beide beschäftigt waren, aufgelauert, ihn überfallen und mißhandelt. Als Zeugen waren unsre Mitglieder Schneider, Höhe und Bayer geladen. Deren eidliche Aussagen suchte Weidmann dadurch herabzuwürdigen, daß er erklärte, sie seien Sozialdemokraten und hätten im letzten Jahre Forderungen an ihren Arbeitgeber gestellt. Auch er hätte unterschrieben, jedoch nur, um zu warten, bis die andern in Streik treten würden, damit er dann seinem Meister ordentliche Leute zuführen könne. Der Vorsitzende selbst erklärte diese Art der Verteidigung als eine Gemeinheit. Was den Diebstahl anbelangte, so wurde Weidmann zur Last gelegt (er ist zirka sieben Jahre dort in Arbeit), längere Zeit hindurch Mehl entwendet zu haben. Zu seiner Verteidigung führte er an, er habe nur Mehl mit nach Hause genommen zu — man bedenke, ein Bäckergehilfe! — wissenschaftlichen Zwecken. Um sich noch gründlicher wie durch diese Aussagen zu blamieren, zog er dabei ein Notizbuch aus der Tasche und meinte: Seite 10 bis 16 seien seine diesbezüglichen Erfahrungen niedergelegt. Während der Zeit, wo er Mehl mitgenommen habe, sei das Brot schlecht gewesen und er habe bloß sehen wollen, was daran schuld sei. Aber er hatte merkwürdigerweise nicht etwa Roggenmehl mitgenommen, sondern Weizenmehl und keins von der schlechtesten Sorte. Auch hier wurde durch Zeugen festgestellt, daß er mehr Mehl mitgehen hieß, als er zugeben wollte und daß er sich auch andre Sachen aneignete. Alle Zeugenaussagen wollte Weidmann durch niederträchtige Ausführungen abschwächen. Eine Bestrafung wegen Diebstahls konnte jedoch nicht stattfinden, da Verjährung vorlag. Wegen des andern Delikts wurde er unter Versagung mildernder Umstände zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Es schlug ihm wohl selbst das schlechte Gewissen wegen seines Auftretens vor Gericht, und er hatte vorerst keine Lust, zur Arbeit zurückzukehren, sondern stellte zwei Tage Aushilfe; dann glaubte er seine Gemeinheiten aber wohl schon etwas vergessen und kam wieder. Herr Ermert, der Besitzer, nahm auch keine Veranlassung, ihn aus dem Betriebe zu entfernen, wiewohl Weidmann schon einmal wegen Mißhandlung Bibos zu M 30 verurteilt worden war und Ermert auch von der Unehrlichkeit Weidmanns Kenntnis erhielt. Seine Kollegen lehnten es jedoch ab, mit einem solchen Menschen noch weiter zu arbeiten, und auf deren Vorstelligwerden wurde er dann erst entlassen; er muß also ein besonderes Liebkind gewesen sein. Das hat ja auch die Verhandlung zur Evidenz bewiesen. Vor Gericht erklärte er überdies, die Richter sollten nicht glauben, er sei ein gewöhnlicher Arbeiter. Wir wußten dieses auch ohne seine Versicherung; denn dafür zeugen seine gemeinen Taten.

Aus dem Innungslager.

Gesellenausschußwahl bei der Berliner Innung „Germania". Zu einen Reinfall der Gelben gestaltete sich die Wahl des Gesellenausschusses der Bäckerinnung „Germania", die am 23. November stattfand. Die Liste des Verbandes erhielt 512, die der Gelben 167 Stimmen. Letztere gehen auch hier mehr und mehr den Krebsgang trotz der Päppelung und der Protektion seitens der Innungen. Sie erhielten im Vorjahre 30,3 pZt., diesmal nur 24,6 pZt. aller abgegebenen Stimmen, während der Verband das prozentuale Stimmenverhältnis von 69,7 pZt. auf 75,4 pZt. erhöhte. Die Wahlen der Beisitzer zum Innungsschiedsgericht wurden daraufhin gar nicht mehr erst geheim, sondern per Akklamation vollzogen und ergaben mit sehr starker Majorität den Sieg der Verbandsliste.

Streik im Nürnberger Meisterlager. In Nürnberg bestehen zwei Bäckermeisterorganisationen, nämlich die „Jungen" in dem Bäckermeisterverein und die „Alten" in der freien Innung. Die beiden Organisationsleitungen vertragen sich ungefähr wie Hund und Katze. In allen das Handwerk berührenden Fragen marschieren sie getrennt. „Vereint schlagen" sie nur dann, wenn es sich darum handelt, die Gehilfenschaft in ihren erbärmlichen Lohn- und Arbeitsverhältnissen niederzuhalten. Das hat uns der Streik 1905 gezeigt. Damals waren sich die Streithähne sofort darin einig, den Gehilfen nicht nur nichts zu bewilligen, sondern es wurde auch auf die tariftreuen Arbeitgeber gemeinschaftlich in der schamlosesten Weise der

Druck ausgeübt, daß diese ihr gegebenes Ehrenwort brechen sollen. Diese gemeinsame Entrechtungsaktion gegen die Gehilfenschaft zeitigte die Stimmung bei einzelnen Unternehmerführern, nun beide Organisationen, den Bäckermeisterverein und die freie Innung zu einer Zwangsinnung zu verschmelzen. In einer der letzten Mitgliederversammlungen des Vereins wurde auch mit 58 gegen 45 Stimmen der Fusion zugestimmt. Jedoch schien die Sache nicht ganz glatt vonstatten zu gehen; die Opposition tritt in Tätigkeit, um die Verschmelzung zu hintertreiben. Als Zankapfel wird in den brüderlichen Streit die Sterbekasse des Vereins geworfen. Nach den Darstellungen der Stuttgarter „Allgemeinen", in deren Spalten sich in den letzten Nummern die Polemik für und gegen die Verschmelzung abspielt, ist die Sterbekasse des Vereins gut fundiert; diese Einrichtung wollen die „Jungen" nicht preisgeben. Die „Alten" suchen aber ihren Einfluß mit allen Mitteln geltend zu machen. Wie der Bruderzwist ausarten wird, ist noch nicht vorauszusagen. Es kann uns auch schließlich gleich bleiben, da die Herren nach wie vor die gleichen bleiben, und ihre soziale Rückständigkeit auch in der Zwangsinnung dieselbe bleiben wird, weil sie nicht mehr größer werden kann. Die Gegner der Fusion erklären mit ungeschminkter Offenheit, getrennt marschieren und vereint schlagen zu wollen, und worauf das letzte gemünzt ist, wissen wir. Man wird aber nicht auf seine Rechnung kommen, wenn auch die Nürnberger Gehilfenschaft die Worte in die Tat umsetzt: Vereint marschieren und vereint schlagen!

Die Wiesbadener Bäckermeister im Kommunalwahlkampf. Den Wiesbadener Rechtsverdrehern und Drahtziehern im Innungslager ließ es anscheinend keine Ruhe, daß unser dortiger Bezirksleiter für das Stadtparlament als Ersatzmann kandidierte und sie ließen deshalb am Wahltage folgendes Elaborat los:

An alle wahlberechtigten Bäcker der dritten Wählerklasse!

Die Ergänzungswahlen zur Stadtverordnetenversammlung finden am Dienstag, 9. November, statt.

Als Kandidaten sind unter andern von den bürgerlichen Parteien der Obermeister unsrer Innung, Herr Luis Sattler, wieder, und von den Sozialdemokraten der Gewerkschaftsführer der Bäcker, Eugen Dengel, aufgestellt. Welch ein Kontrast! Herr Sattler, der dem Stadtverordnetenkollegium bereits acht Jahre angehört, hat sich als Stadtverordneter durchaus gut bewährt. Immer ist er für seine Kollegen eingetreten und hat sich die Achtung aller Mitbürger erworben. Nur er allein ist imstande, unser Gewerbe bei der Stadt würdig zu vertreten.

Aber auch an die Gehilfen, die es ehrlich mit dem Bäckergewerbe meinen, richten wir die dringende Bitte, ihre Stimme nicht für Dengel abzugeben; denn es muß bei den Behörden den allerschlechtesten Eindruck machen, wenn unser Gewerbe im Stadtparlament durch diesen blutjungen und unerfahrenen Sozialdemokraten vertreten wäre. Der sozialdemokratische Terrorismus würde keine Schranken kennen. Gehilfen, denkt an die letzte Gesellenausschußwahl, wie von seiten des Dengel zweimal Einspruch erhoben wurde, ein echtes Stück sozialdemokratischen Terrorismus, die keinen Andersdenkenden dulden wollen.

Dieser Terrorismus würde sich noch verschlimmern, wenn Dengel in das Stadtparlament einzöge.

Darum, Meister und Gehilfen, gebt am Dienstag Eure Stimme nur

Herrn Luis Sattler.

Nach dieser Kraftanstrengung der Innung dürfte es auch interessant sein, die Erfolge dieses Machwerks kennen zu lernen. Es waren 59 wahlberechtigte Bäckergehilfen in der Wählerliste eingetragen. Von diesen haben 36 von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht, und zwar haben die Liste der Sozialdemokratie 30 gewählt und 6 die bürgerliche Liste. Von letzteren arbeiten 2 bei Sattler jun., davon hat einer nur Herrn Sattler gewählt, und nicht die ganze bürgerliche Liste, das sagt genug. Die übrigen 4 sind auf Grund der Städteordnung überhaupt nicht wahlberechtigt, weil sie noch Logis im Hause des Arbeitgebers haben. Nach bürgerlicher Rechtsauffassung sind ja alle, welche Logis beim Meister haben, ohne weiteres minderen Rechts; eine Schmach, die leider von den Gesellen meist nicht empfunden wird. Das Flehen der Innung war aber doch vergebene Liebesmühe. Die Bäckergehilfen wußten in ihrer übergroßen Mehrzahl, was sie zu tun hatten, und ihre Schuld ist es nicht, wenn der bürgerliche Kandidat schließlich einige Stimmen mehr erhielt.

Aus christlicher und gelber Werkstatt.

Wie christliche Versammlungen gemacht werden und womit man sich darin beschäftigt. Am 17. November hatte der christliche Nahrungsmittelindustriearbeiter-Verband in seinem Vereinslokal eine öffentliche Versammlung einberufen. Zu dieser Versammlung hatte man die Wortführer des sozialdemokratischen Bäckerverbandes mit eingeladen, um, wie an den Plakatsäulen zu lesen war, eine freie Aussprache stattfinden zu lassen. Die „freie" Aussprache bei diesen braven Zentrumschristen ist uns aber aus früheren Veranstaltungen bekannt, und ließen wir deshalb die Wortführer des Zentrumverbändchens mit ihren paar Dutzend Backchristen und den vom Gesellenhaus abkommandierten Reklameschreiner, Maler, Schuster, Schneider usw. unter sich. Ob letztere abkommandiert waren, um lediglich das Sälchen zu füllen, oder eventuell der „freien" Aussprache „Nachdruck" zu verleihen, entzieht sich unsrer Kenntnis.

Kein geringerer als der Oberchrist Schmitz-Düsseldorf war als Referent ausersehen. Unser Fernbleiben hat ihm anscheinend sehr sein Konzept verdorben; denn in seinem ganzen Referat beschäftigte er sich mit allem möglichen, nur nicht mit dem Tagesordnungspunkt: „Die Zustände in den hiesigen Bäckereien." Kein Wort sprach er über die skandalösen Verhältnisse bei der hiesigen Innungskrankenkasse und im Innungsarbeitsnachweis, kein Wort über die erbärmlichen Kost- und Logisverhältnisse bei den Bäckermeistern, seine ganze Rede war ein ängstliches, vorsichtiges Tapsen, um es ja nicht mit den Bäckermeistern zu verderben oder gar beim Innungssekretär, Krankenkassenrendant und Stellenvermittler Haubrig in Ungnade zu fallen. Dafür schimpfte er aber um so weidlicher auf die freien Gewerkschaften und besonders auf die Angestellten unsres Verbandes. Seine ganzen Ausführungen waren gespickt mit auswendig gelernten München-Gladbacher Zitaten und Geschichten aus seiner Militärzeit. Daß er in seine Rede das große Vermögen und die Erbschaft Bebels mit einbezog, nehmen wir ihm bei seinem chronischen Dalles in seiner Kasse weiter nicht übel. Ein ungläubiges Lächeln war fast auf allen Gesichtern, selbst seiner eignen Mitglieder, abzulesen, als er von den großen Erfolgen seines Verbändchens in andern Städten sprach. Dadurch aber doch etwas verwirrt geworden, gab er im Brustton der Ueberzeugung folgende Erklärung ab: „Kollegen! Der Streik in der Brotfabrik „Hansa" ist ein rein christlicher Streik, und geht es auch den roten Verband gar nichts an, wenn wir dabei einmal eine ganz neue Taktik anwenden." Damit war für ihn diese Sache erledigt. In welchen Städten und wann sein Verbändchen die grrroßen Erfolge erzielt hat, dafür blieb er die Beweise schuldig. Dem mit Aufnahmescheinen versehenen Agitator wurde an einem Tische zugerufen: „Na, Du weißt doch Bescheid, wir sind doch die Reklameschreiner!" Auf die Anfrage eines Kollegen, was das zu bedeuten habe, wurde ihm die Antwort: „Wir sind aus allen Abteilungen hierher kommandiert." So werden christliche Versammlungen gemacht.

Die Christen gegen die Gelben. Am Sonntag, 14. November tagte im „Kriegerheim" zu Essen eine öffentliche Protestversammlung, arrangiert vom christlichen Bäckerverband, mit der Tagesordnung: Die gelbe Bewegung und unsre Stellung dazu; Referent Kollege Mieß. Verschiedenes. Veranlassung gab der Versuch, hier in Essen einen gelben Verein zu etablieren. Der Redner charakterisierte die gelbe Sippschaft sehr zutreffend als eine von Arbeitgebern gegründete und protegierte Unternehmerschutztruppe, kennzeichnete ihre Unfähigkeit, ihre Bedeutungslosigkeit, sprach ihnen mit Recht jeden Wert und jede Berechtigung zur Interessenvertretung der Kollegenschaft überhaupt ab und empfahl als einziges Gegengift unermüdliche Aufklärung über ihren wahren Charakter. Des ferneren verbreitete sich Redner über die Ueberfüllung unsres Gewerbes, die Entwicklung zu Großbetrieben und die hieraus resultierende Existenzunsicherheit Tausender von Kollegen und zudem über den Einfluß der Steuerpolitik auf die Lebenshaltung überhaupt. Er empfahl als einziges Gegenmittel den Anschluß an die „gewerkschaftliche Organisation". In der Diskussion führte als erster Redner Kollege Alt aus, daß der Verband der Bäcker und Konditoren Deutschlands stets auf dem Plan erschienen sei, wenn es galt, Stellung zu nehmen gegen Unrecht und Gefahr, er betonte hier völlige Einmütigkeit in der Würdigung und Bekämpfung der gelben Seuche. In weiteren Ausführungen zeigte Redner, daß aber die protestierende Organisation eine verdächtig ähnliche Entwicklungsgeschichte hinter sich habe, daß ihre eigne Ohnmacht und Bedeutungslosigkeit sie in ziemliche Nachbarschaft mit den gelben Brüdern gebracht habe, woran nicht zuletzt auch ihre Vertrauensbrüche und Verrätereien Anteil hätten. Redner betonte, daß die Bäckermeister sich nicht gelb, aber auch nicht christlich organisierten. In der folgenden Gegenüberstellung unsres Verbandes mit dem christlichen betreffs seiner Entwicklung, seinen Kämpfen und seinen riesigen, das Gewerbe modernisierenden Erfolgen gerieten die frommen Streiter sehr ins Hintertreffen. Unsre Errungenschaften, Maximalarbeitstag, Bezahlung der Ueberstunden, Beseitigung von Kost und Logis, Erkämpfung des freien Tages in der Woche, Regelung der Arbeitsvermittlung, haben uns Tausende neuer Mitglieder und das ungeteilte Vertrauen der ganzen Kollegenschaft Deutschlands gewonnen. Die mustergültige Verwaltung, insonderheit die öffentliche Kassenlegung sind Vorteile, die keine Konkurrenz-Organisation aufweisen oder bestreiten kann. Daß die christlichen Arbeitervertreter im Reichstage für die Steuervorlage stimmten, zeigt, was von christlichen Interessenvertretern zu halten sei. Ein christlicher Kollege meinte, wir wollten ihm seinen Glauben rauben, und Kollege Mieß tadelte die sozialistische Steuerscheu und kramte einen großen Zitatensack aus. Einen großen Hieb gedachte er mit dem Ausspruch: „Partei und Gewerkschaft sind eins", zu tun. Kollege Alt erwiderte dem ersteren, daß es uns weder nach seinem Glauben, noch nach seinem Wissen gelüstet, und dem Kollegen Mieß legte er in großen Strichen die Notwendigkeit und Bedeutung einer guten parlamentarischen Vertretung dar, siehe Maximalarbeitstag! Im übrigen forderte er Mieß auf zur Abhaltung einer gemeinschaftlichen Versammlung mit der Tagesordnung: „Christlich oder frei?" Das wurde akzeptiert. Der ostentative Beifall, dem Mieß von seinen Anhängern gezollt wurde, konnte unsern moralischen Erfolg nicht beeinträchtigen.

Gastrolle der Gelben in Marburg. Zum erstenmal fand in Marburg am 17. November eine von den Gelben unter Assistenz des Innungsdieners — er mußte die Einladungen in den Bäckereien verbreiten — einberufene Gehilfenversammlung statt. Drewitz traf mit zirka einem Dutzend Getreuen aus Gießen, wenn auch zwei Stunden zu spät, ein und staunte nicht schlecht, als er unter den Anwesenden auch Kollegen Heißwolf-Frankfurt entdeckte. Er entledigte sich denn seines Vortrages über den dreijährigen Entwicklungskampf des Bundes und seine Gegner in knapp einer halben Stunde. Auf seine Ausführungen einzugehen erübrigt sich. In der Diskussion, die als „freie" bezeichnet wurde, war es Kollegen Heißwolf ein leichtes, die gemachten Verdrehungen und Verdächtigungen gegen den Verband als das zu bezeichnen, was sie sind; seine Hiebe saßen. Besonders beleuchtete er auch das in Marburg in schönster Blüte stehende Lehrlingswesen, was trotz Ableugnungsversuchen von einem andern Anwesenden bestätigt wurde. Es arbeiten am Orte 42 Gehilfen und 35 Lehrlinge; Bäckermeister Lahm hat zwei Gehilfen und drei Lehrlinge. Diese Bestätigung, obwohl von keinem Verbandskollegen kommend, wirkte durchschlagend. Hatte man vorher freie Diskussion zugesichert, so erteilte man nach dem Kollegen Heißwolf gleich Drewitz das Schlußwort und derselbe suchte nun zu retten, was zu retten war. In unflätiger Weise wollte er die vorgebrachten Tatsachen verfälschen. Er hatte aber keinen Erfolg. Das bewies die Abstimmung über eine Resolution, die den Bund aber nicht den Verband als Interessenvertretung der Bäckergehilfen anerkennt. Mit sechs gegen fünf Stimmen wurde sie abgelehnt; bei einer zweiten Abstimmung wurden die Kollegen förmlich gezwungen, mitzustimmen, um eine Mehrheit zu erhalten. Den Ausgang hätte man vorher wohl nicht erwartet und sah im Geiste schon die beiden Gehilfenvereine als Bundesmitglieder. Damit war es Essig. Die Marburger Kollegen werden jetzt durch kräftige Agitation die dortigen Kollegen dahin bringen, wo sie hingehören, nämlich in den Bäcker- und Konditorenverband!

Der gelbe „Präsident" in Westfalen. Um den Kollegen wieder einmal die gelbe Ueberzeugung einzupauken, hat Wischnövski eine Reise nach Westfalen unternommen, bei welcher es galt, den Verein „Brüderschaft" in Gelsenkirchen festzuleimen. Als es diesem Verein gelungen war, den Gesellenausschuß zu besetzen, begann seine meistertreue Tätigkeit. Auf eine Anfrage unsres Vorsitzenden, was der neugewählte Ausschuß in bezug auf die Sonntagsruhe zu tun gedenke, wurde ihm vom Altgesellen die Antwort: sie ließen sich keine Vorschriften machen und sie wollten nicht mehr von uns belästigt sein. Dieser Tat folgte gleich eine zweite. In der letzten Innungsquartalsversammlung beantragte der Gesellenausschuß, einen Arbeitsnachweis zu errichten, in welchem die Brüderschaftsgesellen bevorzugt werden sollen; dafür versprach er den Meistern den Beitritt zum gelben Bund. Wie die Gelben auf Gimpelfang ausgehen, zeigt das Flugblatt mit der Ueberschrift: „An alle Bäckergesellen". Unten hatten sie noch bemerkt: bei der öffentlichen Versammlung werden 10 ₰ Eintritt erhoben, hatten aber vergessen, hinzuzusetzen, daß bei den andern Versammlungen stets nur „Meistertreue" Zutritt haben. Die Kollegen in Gelsenkirchen glaubten natürlich, der Aufruf an alle Gesellen gelte auch für die, welche keine „meistertreue" Gesinnung heucheln. Großmütig, wie der Präsident ist, ließ er auch zu, daß alle Kollegen Zutritt hatten. Das Referat brachte die alten Mätzchen. In der Diskussion verlangten nun auch unsre Kollegen das Wort, um den Unsinn zu widerlegen. Der Vorsitzende wußte sich aber zu helfen; nur zwei Rednern wurde gestattet, zehn Minuten zu sprechen. Daß es in dieser Zeit nicht möglich war, eine zweistündige Anpöbelung zurückzuweisen, ist klar. Nachdem die beiden Kollegen gesprochen hatten, verließen unsre Kollegen die gastliche Stätte, um die gelbe Gesellschaft aus Gelsenkirchen, Bochum, Wattenscheid und Rotthausen allein zu lassen. Da also unsern Kollegen die Freiheit nicht gestattet war, mit Wischnövski gründlich abzurechnen, beschlossen einige Kollegen, auch nach Bochum zu kommen, um ihm dort entgegenzutreten. Voraussetzung war natürlich, daß ihnen hier Redefreiheit gewährt werde, was man auch zugab. Kollege Alt nahm nun die Gelegenheit wahr und schilderte in ruhiger sachlicher Weise den Werdegang eines Bäckergesellen und seine Zukunft; er machte auf die verschiedenen Widersprüche des Referenten aufmerksam, und forderte ihn zum Schluß auf, sich doch einmal das soziale Elend unsrer arbeitslosen Kollegen betrachten zu wollen, wozu er speziell in Berlin günstige Gelegenheit habe. Die beiden nachfolgenden Redner mußten sich auf zehn Minuten beschränken wegen vorgeschrittener Zeit. Es ist nun notwendig, einzelne Aussprüche Wischnövskis festzunageln. Eingangs seines Schlußwortes bewunderte er die Ruhe seiner Getreuen bei den Ausführungen unsres Kollegen Alt, dann sagte er wörtlich: Man müsse die Böcke von den Lämmern scheiden; der weitaus größte Teil der Arbeitslosen wäre an ihrem Elend selbst schuld. Weiter: Streikbrecher wären nicht die Gelben, die uns in den Rücken fallen, sondern bloß solche Kollegen, die Verbandsmitglieder waren und während des Streiks in Arbeit gehen. Ueber die Kassenverhältnisse könne er keine Auskunft geben, weil ihm der Schatzmeister nicht erlaube, die Kasse nachzusehen; das dürfen nur die Revisoren. Ueber die neue Prozentrechnung im Bund schwieg er sich aus. Er drohte auch noch, wir sollen ja nicht wagen, in Bochum so ungerechte Forderungen zu stellen wie in andern Orten; denn die Bochumer Gelben würden auf dem Damme sein, um einen solchen Schlag für das Kleinhandwerk abzuwenden. Dieser gelbe Präsident ist doch ein merkwürdiger Kauz. In einem Atemzug redet er, daß die Gelben keine Streikbrecher sind, um dann gleich wieder mit den Innungen zu liebäugeln und diesen die gelbe Garde als Rausreißer zur Verfügung zu stellen. Daß die hiesigen Kollegen sich zu solch ekelhaften Handlungen hergeben, bezweifeln wir aber; auch in Zukunft werden die Kollegen von Westfalen nicht die Wege der Gelben wandeln, sondern als charaktervolle Menschen mutig den Kampf um eine bessere Zukunft führen. Mit vereinter Kraft muß uns das recht bald gelingen.

Literarisches.

Schmiedekalender 1910. Herausgegeben vom Zentralvorstand des Zentralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen. Preis 50 ₰. Selbstverlag des Verbandes.

Deutscher Arbeiterabstinentenbund. Protokoll des dritten ordentlichen Verbandstages in Hannover. Verlag J. Michaelis, Berlin O, Langestr. 17.

Die Gewerkschaftsbewegung in Bulgarien. 1904 bis 1909. Bericht des Zentralausschusses des allgemeinen Gewerkschaftsverbandes an das internationale Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentrale. Sofia, Hofbuchdruckerei.

Bulletin des internationalen Arbeitsamtes, Band VIII Nr. 8. Verlag von Gustav Fischer, Jena. Abonnementspreis der deutschen Ausgabe M. 7,50 jährlich.

Sozialistische Theaterstücke. Heft 13. Assessor Schneidigs Abenteuer. Schwank in zwei Akten von K. Rübezahl. Preis M. 1. — Heft 14. Im Kampf ums Dasein. Einakter von K. Rübezahl. Preis M. 1. Verlagsbuchhandlung Vorwärts.

Der Bibliothekar. Monatsschrift für Arbeiterbibliotheken. „Der Bibliothekar" erscheint am Ersten jedes Monats. Redaktion und Verlag, Leipzig, Tauchaerstraße 19/21.